

(Leifert (CDU))

- (A) ren. Es ist richtig, daß die Schlüsselzuweisungen dort hinfließen müssen, wo die Einwohner auch tatsächlich sind. Die Volkszählungszahlen müssen gerechnet werden. Wir sind damit einverstanden. Es ist zugleich richtig, daß dann für das Jahr 1989 ein Härteausgleich, auch wegen der Kürze der Zeit, in der die Zahlen bekannt werden und Auswirkungen zeigen, geschaffen wird. Aber wir lehnen die Finanzierung ab. Wenn ich gesagt habe, die vierte, die nicht mitgewachsene Säule der kommunalen Einnahmen, bringe das Einnahmefinanzgebäude bei den Kommunen zum Einsturz, dann müssen wir dafür plädieren, daß die Schlüsselzuweisungen angehoben und nicht gekürzt werden, denn reiche, gewerbesteuerstarke Gemeinden und auch Gemeinden mit starkem Anteil an der Einkommensteuer bekommen wenig Schlüsselzuweisungen oder gar keine - und haben damit weder Belastungen noch Vorteile aus den Schlüsselzuweisungen - oder aber nur sehr geringe. Die Solidargemeinschaft, von der Sie, Herr Innenminister, gesprochen haben, besteht nur aus den strukturschwachen und steuerschwachen Gemeinden, die Sie nochmals zur Kasse bitten wollen, um hier den Härteausgleich zu geben.

Deshalb sind wir der Meinung: Wenn die Volkszählung positiverweise für Nordrhein-Westfalen zur Folge hat, daß wir für 1987 rückwirkend und für 1988 Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zusätzlich bekommen, dann hat hier und heute der Landeshaushalt dafür herzuhalten, aus diesen Mitteln den Härteausgleich für diese Kommunen, die in der Volkszählung verlieren, zu liefern. Und Sie haben so etwas auch schon getan, Herr Innenminister. 1987 haben Sie eine Sonderzahlung von 138 Millionen DM herbeigezaubert, die Sie den Gemeinden in 1989 abziehen. Also: Die Sonderzahlungen sind zu bewerkstelligen, wenn Sie nur wollen. Sie haben sich in diesem Jahr laut Regierungsentwurf - der Referentenentwurf sah noch etwas anders aus - vorgenommen, die Schlüsselzuweisungen schlicht und einfach einzufrieren.

Da nun die Opposition in diesem Hause gefordert hat, die Schlüsselzuweisungen anzuheben, sind Sie nicht mehr bereit, daran überhaupt etwas zu tun - zum Schaden der Gemeinden in unserem Lande, zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Gemeinden wohnen, zum Schaden der Vereine, Gruppen, Initiativen, die sich aus den Verwaltungshaushalten der Städte und Gemeinden in unserem Lande in der Hauptsache finanzieren.

Herr Innenminister, mit der Politik, die Sie über Jahre betreiben, fügen Sie den Bür-

gerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ort in den Kommunen erheblichen Schaden zu. Sie sollten nicht nur aus anderen Gründen, sondern auch aus diesem Grunde Ihr Amt verlassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Der nächste Redner ist Herr Abg. Wilmbusse für die Fraktion der SPD. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Wilmbusse (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich dachte, als sich Herr Leifert noch einmal meldete, es kämen noch ganz grundlegende neue Erkenntnisse.

(Schauerte (CDU): Das waren wichtige Klarstellungen!)

- Die wichtigen Klarstellungen - Herr Schauerte, da stimme ich Ihnen zu - sind - das muß ich als Ergebnis dieses Beitrags feststellen -:

Erstens: Sie wollen niedrigere Schulden, aber Sie wollen mehr ausgeben.

(Minister Schleußer: So ist es!)

Zweitens: Sie wollen objektive Kriterien für den Finanzausgleich und wollten deshalb ein Gutachten. Jetzt haben Sie es, und jetzt wollen Sie es nicht anwenden.

Und drittens: Sie wollen den Landeshaushalt konsolidieren, aber Sie wollen nicht sparen.

Eine solche Politik ist unglaubwürdig.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb können Sie mit Ihrer Politik auch draußen nicht überzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum GFG. Nach unserer Vereinbarung finden zwischen 12.30 und 14.00 Uhr keine Abstimmungen ab, so daß ich die Abstimmung jetzt aussetze.

Ich rufe auf:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Benschmann für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

(D)

(A) Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bereich Personal und Stellenplan nimmt in der Haushaltsplanberatung keinen sehr großen zeitlichen Raum ein. Trotzdem: Es geht hier um 40 % des Haushaltsvolumens; das sind fast 25 Milliarden DM für 340 000 Staatsdiener. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Verschuldung des Landes ist es deshalb zwingend erforderlich, diesen Bereich kritisch zu beleuchten.

Ich möchte das an ein paar Zahlen deutlich machen. Zuerst der Ländervergleich der Personalausgabenquote: Schleswig-Holstein - 36 %, Hessen - 38,3 %, Bayern - 42 %, Nordrhein-Westfalen einschließlich der Landschaftsverbände - 48 %.

Hierzu die Feststellung: Unser Land hat die meisten Staatsdiener und im Ländervergleich die höchste Personalkostenquote - wiederum ein trauriger Minusrekord der SPD-Regierung Rau.

In der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" drängt die CDU seit Jahren darauf, die völlig überhöhten Personalausgaben aufgabenkritisch unter die Lupe zu nehmen. Hier einmal der Leidensweg unserer Bemühungen!

6. November 1986: Einstimmiger Beschluß der Arbeitsgruppe - d. h. mit den Stimmen der SPD - auf Vorlage eines Konzepts zur aufgabenkritischen Untersuchung der Ministerialbürokratie durch die Landesregierung.

(B)

13 Monate später, 7. Dezember 1987: Bericht der Staatskanzlei, man arbeite daran, könne aber noch keine konkreten Ergebnisse vorlegen.

27. Mai 1988: Erneuter Hinweis des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, des Kollegen Dautzenberg, an die Landesregierung, endlich tätig zu werden.

22. September 1988: Bericht des Staatssekretärs Dr. Haacke im Haushalts- und Finanzausschuß, man sei in mehreren Projekt- und Arbeitsgruppen an dem Thema, man versuche, entsprechende Ergebnisse in der nächsten Zeit vorzulegen; zur Zeit sei dies aber nicht möglich.

Ich stelle fest: Mehr als zwei Jahre sind vergangen, ohne daß auch nur im entferntesten sichtbar wird, wo die Landesregierung konzeptionell und strukturell an das Problem der überhöhten Personalkosten herangehen will. Ich finde, das ist eine schlimme Verzögerung. Dadurch ist eine Zeit

ins Land gegangen, die nicht wieder einzuholen ist. (C)

(Zuruf des Ministers Schleißer)

- Ja, Herr Finanzminister!

(Erneut Zuruf des Ministers Schleißer)

- Sie werden doch nicht bestreiten, Herr Minister, daß wir in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - das möchte ich hier ausdrücklich hervorheben - sehr konstruktiv, auch ohne die Parteibücher im Nacken zu haben, an dieses Problem herangegangen sind. Wir haben auch schon viele einvernehmliche Lösungen geschaffen. Die CDU hat auch immer angeboten, konstruktiv daran mitzuwirken. Aber wenn Sie nicht in der Lage sind, beispielsweise für die Polizei auch nur einmal einen Bericht vorzulegen, was erwarten Sie dann eigentlich von uns? Das ist Ihre Aufgabe.

(Kuhl (F.D.P.): Aber Parteibücher hat man in der Tasche, nicht im Nacken!)

- Na gut! Ich habe jedenfalls den Eindruck, daß unter dem Druck des Parteibuchs im Nacken manche Entscheidung gefällt wird.

Zur Sache! Ich erinnere an die Wortspielereien der Landesregierung zum Personalhaushalt 1989: "Neue Arbeitsplätze" wird einmal gesagt, dann wird von "neuen Stellen" gesprochen, dann heißt es "Sicherung von Arbeitsplätzen", "Arbeitsverdichtung", ein sehr interessanter Begriff, der auch eingeführt wurde. Diese verschiedenen Ausdrücke zeigen, wie ich meine, in erschreckender Weise, in welchem Zahlenwirrwarr und in welchem Definitionsdickicht sich die Landesregierung hier verstrickt. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Diese Vernebelungstaktik gegenüber der Öffentlichkeit und den Berufsverbänden ist für mich eine Art und Weise, die fast schon an die Grenze der politischen Redlichkeit geht.

Ich will das erhärten; es wird in den unterschiedlichen Aussagen der Ressortchefs zur Umsetzung des Tarifvertrags 1989 besonders deutlich.

Für die CDU stelle ich fest, daß die Aussage der Landesregierung, daß durch den Haushaltsentwurf 1989 2 000 neue Stellen geschaffen und 3 000 Stellen gesichert worden sind, falsch ist. Richtig ist, daß nach dem Haushaltsplanentwurf 1989 869 Stellen

(Bensmann (CDU))

- (A) weniger ausgewiesen sind, fast 700 Stellen weniger, und nicht 5 000 neue geschaffen worden sind, wie es immer wieder der Öffentlichkeit suggeriert wird.

Und hier noch einmal die klare Forderung, wie wir sie im Haushalts- und Finanzausschuß und in der Arbeitsgruppe gestellt haben: Schaffen Sie einen Einstellungskorridor für 1 500 Lehrer, das heißt, besetzen Sie jede zweite freie Stelle, und hören Sie endlich damit auf, mit den völlig undurchsichtigen Hilfskrücken - so würde ich sie mal bezeichnen - nämlich der Stellen gemäß §§ 78 b und 85 a Besoldungsgesetz, mit Saldierungsgewinnen und Zeitverträgen hier ein Dickicht zu schaffen, wo nicht einmal im eigenen Ressort die Leute durchblicken, und Sie waren selber dabei, Herr Minister. Die Fragen Ihrer eigenen Parteifreunde haben es ja deutlich gemacht, daß es dringend notwendig ist, hier einmal Klarheit zu schaffen. Wir haben auch einvernehmlich festgestellt, im nächsten Jahr eine Sondersitzung zu machen, um das Problem Lehrer einmal zu durchleuchten.

Und die Ankündigungen der Landesregierung, daß sie die Auswirkungen des Tarifvertrages im Haushalt 1989 umsetzen würde, haben sich ebenfalls nicht bewahrheitet; denn von den theoretisch neu zu schaffenden 8 300 Stellen sind lediglich 615 Dienstposten zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im Schichtdienst vorgesehen. Daneben sollen zusätzlich 383 Polizeianwärter eingestellt werden. Dies wirkt sich jedoch frühestens 1992 aus.

(B)

(Minister Schleißer: Was ist denn da erfolgreich?)

Das ist richtig. Aber Sie haben ja immer - das wollte ich doch gerade deutlich machen - diese Zahlen zusammengezogen und haben sie als das Ergebnis der Umsetzung des Tarifvertrages nach draußen verkauft. Fragen Sie doch einmal Ihren Innenminister, was er vor wenigen Wochen auf einer Veranstaltung der GdP gesagt hat. Da sprach er von 1 100, und das ist falsch.

(Minister Schleißer: Das ist richtig!)

- Nein, das ist falsch. Der Finanzminister hat ja nachher die Möglichkeit, das deutlich zu machen.

Ich möchte zum Thema Wiederbesetzungssperre gemäß § 7 a Haushaltsgesetz kommen. Auch das ist ein Beispiel der Handlungsunfähigkeit der Landesregierung. Ich fordere für die CDU die sofortige Aufhebung dieses Paragraphen und konsequenterweise die

Sperrung von 2 000 Planstellen im Haushalt. Dieses entspricht einem Konsolidierungsbeitrag von etwa 120 Millionen DM, wie wir ihn ja auch im Entwurf eingebracht haben. Nur sage ich Ihnen: Diese personalpolitische Rasenmähermethode der Wiederbesetzungssperre - früher sechs Monate, jetzt neun Monate - ist für mich der Ausdruck völliger Hilflosigkeit, um dieses Problem zu bewältigen.

(C)

Ich will das auch mit einigen Zitaten Ihrer eigenen Parteifreunde untermauern. Zum Beispiel Arbeitskreis 7, Jugend und Familie, 18. Mai 1987. Ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin: "Im Gegenteil werden restriktive Bewirtschaftungsmaßnahmen wie die Wiederbesetzungssperre erforderlich", wenn man nämlich nicht den Anregungen der SPD folgt, "die sich unter inhaltlichen Gesichtspunkten auf die Arbeit der Einrichtungen fatal auswirken". Das sage ich nicht als CDU-Mitglied, sondern dies sagt der SPD-Arbeitskreis Jugend und Familie. Wie unsinnig diese Maßnahme ist, wird auch deutlich an dem Antrag der SPD-Fraktion im Ausschuß Jugend und Familie, wo 500 000 DM mehr für den Haushalt 1989 gefordert werden, Herr Trinius, und es wird mit dem Aufheben der Wiederbesetzungssperre begründet, weil es sich unten vor Ort fatal auswirkt. Eine bessere Argumentation für unsere Linie können Sie uns eigentlich nicht liefern.

(Minister Matthiesen: Haut ganz schön auf den Putz!)

- Ja, das ist richtig. Ich habe auch noch was für Sie bereit, Herr Minister. Sie sollten sich nicht zu Wort melden.

(D)

(Trinius (SPD): Drohen Sie?)

- Nein, ich drohe nicht. Das mache ich gleich verbal. Ich sage nur eines: Die Konzept- und Willenlosigkeit der Landesregierung auf der einen Seite, wenn es darum geht, Personalkosten einzusparen, ist schon bemerkenswert, aber noch bemerkenswerter ist, wie großzügig Sie mit den Steuergroschen umgehen, wenn es gilt, Ihre eigenen ideologischen Ziele durchzusetzen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich denke beispielsweise an das Kulturwissenschaftliche Institut und an das Institut Arbeit und Technik unter dem Dachverband des Wissenschaftszentrums. Das ist doch wohl ein Beweis. Und wenn man dann noch im Ausschuß zugeben muß - Sie waren dabei, Herr Finanzminister -, daß man 1987 für 1988 diese Institute eingerichtet hat und keine einzige Stelle besetzt war, als wir Mitte des

(Bensmann (CDU))

- (A) Jahres nachfragten, wie es eigentlich damit aussieht, dann fragen Sie mal Ihre Ressortkollegen, weshalb die Stellen nicht besetzt sind.

(Minister Schleißer: Sparen Sie erst mal!)

Sie wissen es doch selber. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Für mich ist es erschreckend - ich gebrauche den Begriff "skrupellos" bewußt -, wie Sie hier im Grunde dann darangehen, Stellen zu vermehren, wenn es gilt, die eigenen politischen Ziele umzusetzen und hierbei die Staatskanzlei - ich sage das - als SPD-Parteipropagandazentrale auszubauen. Da wird nämlich eine neue Abteilung und ein neues Dezernat eingerichtet.

(Henning (SPD): Das ist dann besser formuliert! - Trinius (SPD): Den Vorwurf müssen Sie mal belegen!)

- Ja, Sie können nachher gleich dazu sprechen. Und das Ganze wird begründet mit der Verbesserung der Wirtschafts- und Strukturpolitik, obwohl auf der anderen Seite, auch das müssen Sie zugeben, durch die Schaffung der Investitionsbank als Teil der WestLB zumindest Arbeitskapazitäten im Wirtschaftsministerium frei werden - wir können uns darüber streiten, in welcher Größenordnung.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Bensmann (CDU): Bitte schön.)

- Bitte sehr, Herr Kollege!

Trinius (SPD): Herr Kollege Bensmann, sind Sie nicht der Auffassung, daß man einen solchen Vorwurf, hier habe der Chef der Staatskanzlei oder der Ministerpräsident vor, die Staatskanzlei umzuwandeln in ein Propagandainstitut der SPD -, daß man also einen solchen Vorwurf belegen müßte?

Bensmann (CDU): Also, ich erinnere an die Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuß, wo ja sehr deutlich wurde, auch von meinem Kollegen Dorn, daß dies eine eindeutige politische Entscheidung sei. Und es wurde auch von Ihnen bestätigt, daß es die politische Zielsetzung der Landesregierung sei, hier weitere Schwerpunkte zu setzen. Und Sie als SPD stellen doch die Landesregierung, und damit setzen Sie Ihre politischen

Ziele um. Ich meine, einen besseren Beweis gibt es gar nicht. (C)

(Henning (SPD): Er hat einen anderen Politikbegriff! - Zuruf des Abg. Trinius (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Trinius, ich sage doch: Die Staatskanzlei ist letztendlich der Kopf für das Umsetzen der politischen Ziele im Rahmen des Kabinetts. Das ist doch unstrittig. Wenn dort eine neue Abteilung, ein neues Dezernat eingerichtet wird, dann ist doch die Durchsetzung dieses Anliegens klar und deutlich eine politische Zielsetzung, die Sie in Regierungshandeln umsetzen wollen.

(Henning (SPD): Was denn nun?)

- Sie können ja gerne hinterher darauf antworten.

Ich sage nur eines: Wenn Sie alle - Sie sagen es doch auch immer - sparen wollen, dann stellt sich auch einmal die Frage, ob der Ministerpräsident hier nicht mit gutem Beispiel hätte vorgehen sollen. Das wäre ein Führungsauftrag gewesen.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Abg. Trinius?

(Bensmann (CDU): Ich möchte jetzt zum Ende kommen.) (D)

- Das ist Ihr Recht.

Bensmann (CDU): Ich stelle zum Abschluß fest: Wie bei Kohle und Stahl geht diese Landesregierung sehenden Auges in diese Personalkrise hinein, ohne die politischen notwendigen Schritte rechtzeitig zu unternehmen.

(Trinius (SPD): Die, die Sie gerade vertreten haben!?)

Ich fordere Sie auf, endlich die vom Parlament seit Jahren geforderten personalpolitischen Veränderungen vorzunehmen, die notwendigen Unterlagen den Ausschüssen zu unterbreiten, und ich bitte Sie: Stimmen Sie den Anträgen der CDU zu,

(Zurufe von der SPD - Jentsch (SPD): Wir wollen dem Land helfen und ihm nicht schaden!)

(Bensmann (CDU))

- (A) damit der dringend notwendige Strukturwandel auch im personalpolitischen Bereich erfolgt!.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Herr Abg. Dorn. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat eine Vielzahl von Sitzungen mit sehr unterschiedlichen Beratungsbereichen hinter sich gebracht. Es gab Bereiche, in denen wir uns sehr schnell einig waren; unabhängig davon, welcher Fraktion wir angehören, waren wir einmütig der Auffassung, daß bestimmte Dinge geschehen sollten.

Herr Kollege Bensmann, natürlich habe ich gesagt: Die Neubildung einer Abteilung in der Staatskanzlei ist eine politische Entscheidung. Aber ich habe das mit dem Hintergrund gesagt, daß wir politische Entscheidungen in der Stellenplankommission mit der Sachentscheidung nicht mehr beeinflussen können. Wenn politische Entscheidungen getroffen werden, können wir dies in der Stellenplankommission nur zur Kenntnis nehmen, aber nicht in eine sachliche Beratung darüber eintreten, weil uns das nicht einen Schritt weiterbringt.

- (B) (Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

Unter den Fragen, bei denen wir sehr unterschiedlicher Meinung waren, ist die Frage der sofortigen Beseitigung der Besetzungssperre eine der entscheidenden gewesen. Die Landesregierung hat uns vorgerechnet, daß wir auf diesem Sektor durch die Beibehaltung der Besetzungssperre 120 Millionen DM sparen könnten. Das mag ja sein, Herr Finanzminister.

Nur ist die Logik einer solchen Besetzungssperre für uns überhaupt nicht akzeptabel. Entweder werden die Stellen nicht mehr benötigt; dann müssen sie gestrichen werden, egal in welchem Haushalt sie stehen, und dürfen nicht wieder besetzt werden, und dann spart man die Gelder der bisher vorhandenen gewesen Stellen ein.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Und zwar auf Dauer!)

- Ja, natürlich, auf Dauer! Oder aber: Die Stellen sind notwendig. In einer Vielzahl von Einzelpositionen hat uns die Landesregierung gesagt - das ist auch einleuchtend -, daß die

Stellen notwendig sind. Aber dann sind sie nicht nur drei Monate im Jahr notwendig, sondern endgültig notwendig, und dann müssen sie nach Freiwerden wieder besetzt werden! (C)

(Tschoeltsch (F.D.P.): Genauso ist es!)

Nur auf diese Weise kann eine Funktionsfähigkeit der Verwaltung erhalten bleiben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deswegen haben wir den Antrag gestellt - auch gestern hier noch einmal -, daß die Besetzungssperre sofort beseitigt wird. Die SPD-Mehrheitsfraktion hat das abgelehnt. Wir bedauern das.

In einem anderen Fall haben wir uns wenigstens erst einmal insoweit durchsetzen können, als der Anregung von mir gefolgt wurde, in den Personalfragen der Polizeibeamten und der Lehrer mit ihren kw-Vermerken außerhalb der Haushaltsberatungen zu versuchen, einen wirklichen Durchblick zu bekommen. Denn das, was wir in der Stellenplankommission hierzu entschieden haben, war ja wirklich nicht der Weisheit letzter Schluß, weil es mit Mehrheit entschieden worden ist, ohne daß wir wirklich den Einblick oder den Durchblick hatten. Selbst die Kollegen der SPD-Fraktion haben zugeben müssen, daß der Durchblick dabei nicht mehr vorhanden war. Wir wollen uns nun außerhalb der Haushaltsberatungen Anfang nächsten Jahres darüber unterhalten, wie wir hier endlich einen vernünftigen Durchblick bekommen können. (D)

Bei den Wissenschaftlern hatte ich das gleiche beantragt und bin damit ebenfalls an der Mehrheitsfraktion gescheitert. Das, was wir in diesem Bereich erlebt haben, war ja wohl der Gipfel der Undurchsichtigkeit der Regierungsvorlagen, die dem Parlament vorgelegt worden sind. Das haben wir auch alle gemeinsam über viele Sitzungen so empfunden.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das wissen die ja selber.)

Deswegen ist dies ja in der Stellenplankommission auch erst in dieser Woche, nachdem das viermal auf der Tagesordnung stand und immer wieder vertagt werden mußte, weil man wirklich keinen Überblick bekommen konnte, jetzt kurzfristig entschieden worden.

(Zustimmung des Abg. Dautzenberg (CDU))

Das ist auch, wenn Sie wollen, eine politische Entscheidung; aber mit dieser Entscheidung

(Dorn (F.D.P.))

- (A) ist das Parlament aus der Verantwortung, was in der Zukunft in der Personalpolitik im Wissenschaftsbereich erfolgen soll, nicht entlassen. Vielmehr muß hierüber im Laufe des nächsten Jahres außerhalb der Haushaltsplanberatungen weiter diskutiert werden.

Lassen Sie mich zu einem zweiten Fragenkomplex kommen, nämlich dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Daß wir uns in diesem Hause damit befassen müssen, hängt damit zusammen, daß diese Landesregierung dem Tarifabschluß zugestimmt hat - im Gegensatz zu anderen, so daß sich die betreffenden Parlamente auch nicht darüber zu unterhalten brauchen.

Damals ist von den Gewerkschaften gesagt worden, auf diese Weise könnten sofort 3 000 bis 6 000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen geschaffen werden. Der damalige Finanzminister Dr. Posser hat gesagt, es sei für ihn sehr zweifelhaft, ob das so sein könnte. Ich meine, dies ist sicherlich kein Ort zur Fortsetzung von Tarifverhandlungen auf anderer Ebene; aber es muß ja doch endlich einmal Klarheit darüber geschaffen werden, was überhaupt von Zustimmung der Landesregierung zu Tarifvereinbarungen gehalten werden kann, wenn sie so wenig eingehalten werden, wie diese Landesregierung es nun tut.

- (B) Herr Dr. Worms hat gesagt, daß nach einer Berechnung in seinem Bereich insgesamt 12 348 neue Stellen theoretisch entstehen könnten, wenn der Tarifvertrag umgesetzt würde.

(Zuruf von der CDU)

Die CDU hat diese Zahl korrigiert, gewiß.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- Okay, ich habe hier nur eine solche Zeitungsmeldung vorliegen gehabt.

(Schauerte (CDU): Die ist auch mal genannt worden.)

- Gut. - Dann hat die Frage, wie viele Arbeitsplätze nun wirklich dabei herauskommen, doch dazu geführt, daß eine Debatte entstanden ist, die für mich nicht mehr logisch nachvollziehbar ist.

Unter anderem ist eine Verkürzung der Arbeitszeit Bestandteil dieses Tarifabkommens, Herr Minister. Die Vorstellung in den Gewerkschaften über Neueinstellungen waren weitgehend von Illusionen bestimmt. Da stimme ich Ihnen zu. Da sind sicher auch viele

falsche Hoffnungen geweckt worden. Die Gewerkschaften haben nach meiner Auffassung auch in manchen Positionen selbst ihre Glaubwürdigkeit mit ihrer Argumentation verloren. (C)

Aber die Landesregierung hat immerhin gedämpfte Hoffnungen geweckt, erst durch Herrn Dr. Posser; Herr Schleußer hat sich da sehr zurückgehalten und hat vermutlich - anders ist es sonst nicht zu verstehen - seinen Staatssekretär vorpreschen lassen. Der Staatssekretär hat uns dann eine neue Art der Beurteilung von Arbeitszeitverkürzung serviert, indem er von einer Arbeitsverdichtung gesprochen hat.

(Bensmann (CDU): Sehr interessant!)

Er meinte also, die sollten wohl mehr arbeiten und weniger Freizeit haben. Wir wissen ja aus Baden-Württemberg und aus dem Saarland, daß die Debatte darüber mit einer Verlängerung der Mittagspause usw. eine große Rolle spielte. Aber die Hoffnungen der Arbeitnehmer blieben weitgehend auf der Strecke.

Nun gibt es dafür natürlich eine Vielzahl sehr deutlicher Reaktionen: Die Gewerkschaft der Polizei hat gesagt, Schnoors Angebot ist eine Mogelpackung.

(Zustimmung des Abg. Bensmann (CDU))

Die Deutsche Steuergewerkschaft hat gesagt, Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst ohne Neueinstellungen ist ein Riesenskandal. Und die ÖTV fühlt sich nun noch am stärksten von der SPD übers Ohr gehauen, wie sie selbst sagt, und hat sich noch einmal eindeutig gegen diese Landesregierung gewandt. Also, die Partner, die Sie in den vergangenen Jahren immer so flott auf Ihrer Seite hatten, Herr Minister, sind diejenigen, die sich am meisten von Ihnen getäuscht fühlen. (D)

Für mich bemerkenswert war doch eine Einstellung der SPD-Fraktion zu der Frage der Stellenbesetzungssperre bei der Polizei. Als meine Kollegin im Innenausschuß darüber einiges gesagt hat, hat die SPD erklärt, sie könne unsere Anträge nicht annehmen. Bei der Stellenbesetzungssperre sei es so, daß für Angestellte die Stellenbesetzungssperre für die Polizei nicht gelten solle, aber für die Beamten dürfe auf keinen Fall die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre erfolgen. So steht das im Protokoll. Herr Kollege Trinius, Sie machen ein überraschtes Gesicht; als ich das gelesen habe, war ich genauso überrascht, weil ich eine solche Argumentation

(Dorn (F.D.P.))

- (A) gegenüber der Forderung der Kollegin Larisika-Ulmke überhaupt nicht für begreifbar und in der Sache verständlich gehalten habe.

Aber es ist immerhin interessant, daß die SPD eine solche Position einnimmt: Für Angestellte gilt die Stellenbesetzungssperre bei der Polizei nicht, für Beamte darf sie auf keinen Fall aufgehoben werden. Es ist so einfach unerträglich, daß die Auswirkungen einer seit Jahren falschen Finanzpolitik der Landesregierung nunmehr auf dem Rücken der Beamten und Angestellten in unserem Land ausgetragen werden sollen.

(Bensmann (CDU): So ist das!)

Die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Bediensteten, die immer wieder draußen in den Veranstaltungen, bei den Verbandsversammlungen der Gewerkschaften und anderer Verbände, von den Vertretern der Landesregierung vorgetragen wird, gilt nur, solange Sie öffentliche Erklärungen dazu abgeben. Wenn Sie konkret in der Sache entscheiden müssen, tun Sie genau das Gegenteil von dem, was Sie draußen den Beamten und Angestellten versprechen.

Was sich auf dem Sektor der Wissenschaft abspielt, ist sowieso für uns nicht mehr ganz verständlich. Meine Damen und Herren von der SPD, als am Freitag nun endgültig entschieden worden ist, daß unser Antrag, die ganze Sache um ein Jahr zu verschieben und mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen, was Frau Kollegin Brunn nun in ihrem Hause alles fabriziert hatte, da ist uns wieder vorgehalten worden, wir hätten genug Lehrer; deswegen müßten bei den Geisteswissenschaften Stellen abgebaut werden.

(B)

Diese Begründung ist für uns einfach nicht hinnehmbar.

(Schauerte (CDU): Da fehlt das Differenzierungsvermögen.)

Die Geisteswissenschaften an unseren Hochschulen auf das Prinzip Lehrerausbildung zu reduzieren, ist etwas, was mit geisteswissenschaftlicher Anerkennung überhaupt nichts zu tun haben kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen können wir das, was der Staatssekretär dazu gesagt hat, auch nicht akzeptieren. Die Gefahr einer großen technologischen Entwicklung ohne Begleitung der Geisteswissenschaften ist eine Gefahr, die in der Zukunft große Probleme aufwerfen kann.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Geisteswissenschaften in ihrem Bestand nicht so zusammenschumpfen lassen dürfen, wie das zur Zeit von der Landesregierung vorgesehen ist. Mein Kollege Schultz-Tornau hat gestern beim Einzelplan 06 dazu ausführlich Stellung genommen. Ich möchte darauf, was die Sache angeht, verweisen.

(C)

Auf jeden Fall werden wir es nicht hinnehmen, daß die Geisteswissenschaften so behandelt werden, wie das zur Zeit im Wissenschaftsministerium von der Ministerin und ihrem Staatssekretär geschieht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für uns sind die Geisteswissenschaften gerade bei der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes von entscheidender Bedeutung gewesen. Und die technologischen Entwicklungen sind in vielen Fällen überhaupt nur erträglich, wenn sie gleichzeitig durch geisteswissenschaftliche Vorhaben begleitet werden und dadurch eine wirkliche forschungspolitische Initiative an den deutschen Universitäten auslösen können.

(Beifall bei der F.D.P. - Trinius (SPD): Das war ein Plädoyer für das Wissenschaftszentrum.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Walsken das Wort.

Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir die großen Perspektiven einmal genauer durchleuchten, die Herr Kollege Bensmann aufgezeigt hat, bin ich etwas enttäuscht. Im Grunde genommen krallen Sie sich immer an Einzelheiten fest, die auch in der politischen Diskussion natürlich eine Rolle spielen, aber eine grundsätzliche Linie, wie denn Personalpolitik in diesem Lande nach Meinung der Opposition gestaltet werden sollte, habe ich bei Ihnen bislang vermißt.

(D)

(Schauerte (CDU): Wer sehen will, kann sehen!)

Ich kann mich erinnern, daß Herr Kollege Schauerte im Mai - glaube ich, war es - die Landesregierung und uns gewarnt hat, den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst auf die Beamten zu übertragen. Uns gewarnt hat!

Anschließend fordern Sie uns auf, wir möchten doch endlich sagen, wie denn der Tarifvertrag umgesetzt werden soll. Auf der anderen Seite beklagen Sie bei den Gewerkschaften - wenn Sie da zu Gast sind -, daß

(Walsken (SPD))

- (A) diese Landesregierung nur Stellen abbaue. Das ist ja doch alles falsch.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ehrlich gesagt, ich kriege es nicht mehr überein, was Sie eigentlich wollen. Es stimmt, was Herr Kollege Wilmbusse heute morgen gesagt hat: Jede Mark, die da ist, geben Sie dreimal aus. Wenn wir versuchen, sie an einer bestimmten Stelle anzusiedeln, sagen Sie, gerade die ist es nicht, es muß eine andere sein - und bitte auch die anderen.

(Dautzenberg (CDU): Milliardenverschuldung!)

- Ja, Herr Kollege Dautzenberg, das haben wir in der Grundsatzdebatte schon mehrfach dargestellt; das können wir noch einmal machen.

Meine Damen und Herren! Wie sieht denn die Landschaft heute aus? Es ist sicherlich nicht so, daß die Personalpolitik des Landes zur Zufriedenheit aller gelöst wäre.

(Schauerte (CDU): Kann man wohl sagen - zu niemandes Zufriedenheit!)

In Düsseldorf demonstrieren Studenten wegen unzureichender Studienbedingungen; Polizisten beklagen, daß zu wenig Neueinstellungen erfolgen; die ÖTV beklagt, daß der Tarifvertrag mangelhaft umgesetzt wird; die Steuergewerkschaft beklagt, daß ausgebildete Angestellte nur befristet eingestellt werden und daß bei Vertragsablauf unvertretbare Mehrbelastungen in der Steuerverwaltung drohen. Es ist für uns völlig klar, meine Damen und Herren, daß es sich bei diesen Kritikpunkten nicht nur um das Kettenrasseln von Funktionären handelt, sondern auch um durchaus begründete Forderungen der Betroffenen selbst.

Nun wissen Sie - genausogut wie wir -, daß Personalpolitik, insbesondere was Neueinstellungen und Umschichtungen angeht, immer einen Kompromiß zwischen Notwendigem und Machbarem darstellt.

(Bensmann (CDU): In der Staatskanzlei auch?)

Das Machbare wird bestimmt vom finanziellen Gesamtvolumen und vom rechtlichen Rahmen, während das Notwendige vom Bedürfnis der Bürger und der Beschäftigten und von objektiven Problemen her definiert wird.

(Leifert (CDU): Da sind wir wieder bei der Ausgangslage!)

In der Regel - das wissen wir alle - ist der Bedarf immer größer als das, was vom Finanzvolumen her umgesetzt werden kann. Die Politik muß deshalb auch in längeren Zeiträumen denken und Prioritäten setzen. Sie wissen alle, daß ein Haushaltsplan nur ein Jahr umfaßt. Neueinstellungen, die aufgrund einer guten Finanzsituation in einem Jahr vorgenommen werden, belasten aber einen Haushalt für die Dauer eines gesamten Arbeitslebens.

Deshalb müssen wir - auch wenn mehr Geld da ist - auch 1989 aufpassen, daß wir uns nicht Belastungen finanzieller Art aufhalsen, die wir im nächsten Jahr nicht bewerkstelligen können. Die Prioritäten, die von der Landesregierung gesetzt wurden und die in den Fraktionen, den Fachausschüssen und in der Arbeitsgruppe behandelt worden sind, sehen nunmehr wie folgt aus: Jetzt bitte ich Sie, sich die Zahlen einmal genau anzuhören. Sie versuchen ja immer Widersprüche zwischen den Zahlen zu entdecken. Ich weiß jedenfalls nicht, ob es gelingt, es sei denn, Sie rechnen falsch.

Es werden 2 709 Menschen neu eingestellt. 2 700 Menschen werden aufgrund des Haushaltsplanes neu eingestellt. Die Arbeitsplätze von 3 077 Beschäftigten werden auf Dauer gesichert. Zusätzlich zu diesen Neueinstellungen

(Dautzenberg (CDU): Das kann man doch zusammenrechnen!)

werden Stellen durch Pensionierungen frei. Das bedeutet per saldo, daß 1989 über 10 000 Bürger im Land Nordrhein-Westfalen eine Anstellung beim Land finden werden.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Walsken, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bensmann zu?

(Walsken (SPD): Aber selbstverständlich!)

- Bitte sehr!

Bensmann (CDU): Herr Kollege Walsken! Würden Sie dem Parlament bitte mitteilen, daß der Finanzminister auf Antrag der CDU in der letzten Haushalts- und Finanzausschußsitzung nach Drängen zugesagt hat, endlich einmal eine überprüfbare Aufstellung über neue Stellen und neue Arbeitsplätze und Sicherung von Arbeitsplätzen zu geben und diese bis heute nicht vorliegt? Würden Sie das bitte bestätigen?

(C)

(D)

(A) Walsken (SPD): Herr Kollege Benschmann! All das, was an neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden ist, liegt Ihnen in 14 Bänden des Entwurfs des Haushaltsplans 1989 vor. Wir haben in der Arbeitsgruppe eine wissenschaftliche Begleitkommission, die uns das aufgelistet hat. Sie hat sich für uns die Arbeit gemacht. Sie können das an den Berichten unseres Gutachterdienstes feststellen. Sie brauchen sich nur hinzusetzen und zu addieren, dann haben Sie auch die Zahlen. Ein Blick ins Gesetz verschafft oft unverhoffte Klarheit, Herr Kollege!

Von den Neueinstellungen gehen über 800 auf das Konto "Konsequenzen aus der Arbeitszeitverkürzung". Hier sind insbesondere Polizei, Justizvollzug und medizinische Einrichtungen betroffen. Die Schulen erhalten neben 1 000 zusätzlichen Lehrern eine Bestandsicherung von 2 700 Stellen, die speziell zum Abbau von Unterrichtsausfall als Stellenreserve eingeführt wird.

Bei der Polizei sind in der Tat über 1 000 Personalzugänge durchgeführt worden. Über 200 Stellen gehen zusätzlich in die Umweltschutzbehörden. Mit 30 Stellen werden behördliche Genehmigungsverfahren beim Regierungspräsidenten beschleunigt.

Demgegenüber lagen in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" Vorschläge der CDU zum Abbau von über 2 050 Stellen bei gleichzeitiger Schaffung eines Einstellungskorridors für 1 500 Lehrer vor; saldiert also der Wunsch nach einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen im Landesdienst von über 500.

(B)

Mit dieser Sachlage nach der zweiten Lesung kann ich folgendes feststellen.

Erstens: Ein erster Schritt - ich betone, ein erster Schritt - zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung wurde bereits für 1989 geleistet. Das wird nicht der letzte sein. Wir werden uns mit diesem Thema in den nächsten Jahren befassen müssen. Die SPD - das betone ich ausdrücklich - sieht sich in der moralischen Verpflichtung, den von den Beschäftigten geleisteten Solidarbeitrag in Form von geringen Lohnzuwächsen und durch Lohnverzicht bei bezahlter Arbeitszeitverkürzung weiter umzusetzen.

(Schauerte (CDU): Schöne Worte und keine Taten! - Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Ich habe Ihnen die Taten genannt, Herr Schauerte. Wenn Sie sie nicht zur Kenntnis

nehmen wollen, ist das Ihr Problem. Sie haben offensichtlich die falsche Brille auf,

(C)

(Trinius (SPD): Er hat verstopfte Ohren!)

wenn es darum geht, sich mit Realitäten auseinanderzusetzen.

Wir unterscheiden uns jedenfalls mit unseren Neueinstellungen insbesondere in den drei von mir genannten Bereichen ganz grundlegend von den Ländern Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, die ausdrücklich gesagt haben, daß sie nicht bereit sind, Konsequenzen aus dem Tarifvertrag zu ziehen.

Zweitens: Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben ist weiterhin der Maßstab für die Bezahlbarkeit von Personal. Wir begrüßen in dem Zusammenhang die Absicht des Finanzministers, die Investitionen, die in der Hauptsache den Konsolidierungsprozeß der letzten Jahre bezahlt haben, wieder ansteigen zu lassen. Wir wissen, daß es bei den Investitionen einen Rückgang von 25 % im Jahre 1970 auf 14 % im Jahre 1987 gegeben hat. Demzufolge darf auch die Personalausgabenquote, die von 26,8 % im Jahre 1961 auf 37 % im Jahre 1970 und - Herr Kollege Benschmann - 39,8 % im Jahre 1987 gestiegen ist, nicht über diesen Anteil in den nächsten Jahren hinausgehen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

(D)

Wir sollten nicht mit Tricks wie der Einrichtung der Landschaftsverbände, versuchen, Zahlen, die nicht vergleichbar sind und die nicht den Tatsachen entsprechen, in die Debatte zu werfen.

Immer dann, wenn Sie das in die Landschaftsverbände einbeziehen, dann müßten Sie im Grunde genommen in allen Ländern sämtliche Kommunalhaushalte einbeziehen und sagen: Jetzt nehmen wir einmal Kommunalhaushalte und den Landeshaushalt vom Personal her in einen Topf und rechnen dann ein Personalausgaben-Brutto aus. Das tun wir nicht; das wäre unseriös. Sie wissen dies genau. Deshalb können wir nicht mit falschen Zahlen operieren; wir operieren mit den Zahlen, die im Finanzbericht festgehalten sind und die bisher dort auch von Ihnen nicht kritisiert wurden.

Die Steuerreform beschert dem Land 1986, 1988 und 1990 Mindereinnahmen in Höhe von 8 Milliarden DM. Dadurch wird die Konsolidierung mit dem Zwang zur Steigerung der

(Walsken (SPD))

- (A) Neuverschuldung leider unterbrochen. Dennoch - darin sind wir uns mit der Regierung einig - muß an der Konsolidierung festgehalten werden. Das bedeutet für den Personalhaushalt: Bei wachsendem Bedarf steigt der Zwang zur internen Umschichtung, zumal dann, wenn man maximal eine Obergrenze der Personalausgabenquote von 40 % einhalten will. Das wird um so dringender, als es darum geht, den Tarifvertrag in weitere Schichten umzusetzen. Auch dann ist eine Realisierung des Tarifvertrags nur möglich, wenn hier konsequente Aufgabekritik betrieben wird.

Wir als SPD werden weiter ein offenes Ohr haben für die berechtigten Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch ihrer Vertretungen, die uns sehr genau und detailliert nachweisen können, wo großer Bedarf besteht.

Wir begrüßen deshalb auch ausdrücklich, daß die Landesregierung mehrere ressortübergreifende Arbeitsgruppen eingesetzt hat, um dem Willen des Landtags nach aufgabekritischer Überprüfung, Automatisierung und Effizienzsteigerung nachzukommen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Sehen Sie, es ist gekommen, Herr Kollege Dautzenberg! Schön, daß Sie jetzt durch Ihren Zwischenruf das bestätigen, was Herr Kollege Bensmann in seiner Rede vorhin abgestritten hat. Ich bedanke mich bei Ihnen.

(B)

(Weiterer Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Die ermutigenden Ansätze im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft müssen ihre Wirksamkeit für alle Ressorts entfalten und insbesondere - das ist unser Wille - auch den nachgeordneten Bereich erfassen.

Es ist notwendig, für alle Ressorts rückläufige, stagnierende und steigende Bedarfe nachzurechnen, um in und zwischen den Ressorts einen bedarfsgerechten Umbau vollziehen zu können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einige kritische Punkte in der Diskussion der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hinweisen!

Die Gestaltung des Einzelplans, der die Polizei umfaßt, war letztlich relativ unstrittig. Aber die Zahlen, die genannt wurden, sind nicht zur Kenntnis genommen worden. Wir wissen, wie schwer die Belastungen im Wechsel-

schichtdienst wiegen. Wir haben dementsprechend in diesem Wechselschichtdienst zusätzliche Einstellungen vorgenommen, und schon in der Vergangenheit wurden Anwärter eingestellt, um die Zahl der Überstunden auf das nicht abbaubare Mindestmaß zurückzuführen. Für 1989 beträgt die Zahl der neugeschaffenen Planstellen im Wechselschichtdienst 300; sie sind notwendig, um die Arbeitszeitverkürzungen im ersten Durchgang aufzufangen.

(C)

Die Zahl der Anwärter ist um 900 aufgestockt worden, damit in den kommenden Jahren auch ausgebildete Kräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um insbesondere die Zeitluft, die zwischen dem heute erkennbaren Personalbedarf und der Realisierung des Personalbedarfs entsteht, überbrücken zu können. Das ist ein übliches Geschäft, das die Administration auch bewerkstelligen muß.

Darüber hinaus möchte ich hier ausdrücklich betonen, daß auch wir das vom Innenministerium zugesagte Gutachten über die Funktionsbewertung der Polizei nachdrücklich anmahnen. Wir meinen, daß nicht alle Bewegungen durch mehr Personal aufgefangen werden können, sondern glauben, daß durch eine sachgerechte Funktionsbewertung noch manches hier bewegt werden kann.

Ein Wort möchte ich allerdings zum Rahmen polizeilicher Tätigkeit sagen. Es ist bei der Polizei wie beim richterlichen Dienst und beim Justizvollzugsdienst notwendig, gesellschaftlich den Bedarf für das Tätigwerden nach Umfang, Art und Weise festzulegen. Ich darf an die teilweise Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten in den Niederlanden und auch an die Debatte in den USA anknüpfen, die gerade zu diesem Punkt führt und die von der Sache her eine Aufgabenentlastung der Polizei bewirkt, was ich für wesentlich notwendiger halte als stets zu sagen, man müsse mehr Personal haben. Aber das ist eine Sache, die gesellschaftlich zu behandeln ist. Ich würde mich freuen, wenn die CDU und die F.D.P. sich an dieser gesellschaftlichen Diskussion beteiligten. Es geht jedenfalls nicht an, polizeilichen Einsatz ohne Bezahlung bei Profisportveranstaltungen als selbstverständlich zu betrachten, die Entwicklung privater Sicherheitsdienste aber zu dulden, um damit den anderen Sektor polizeilicher Tätigkeit auszugrenzen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Umstritten ist wie immer der Lehrerbereich. Der Forderung der CDU nach Schaffung eines Einstellungskorridors für 1 500 Lehrer haben wir unsererseits eine solche für 400 ent-

(Walsken (SPD))

- (A) gegengesetzt, die sich durch Saldierung und Ersatzschullehrereinstellungen auf über 900 Einstellungen erhöht.

Leider ist von der Opposition mit keinem Wort erwähnt worden, wie man eigentlich zu der Stellenreserve, die wir geschaffen haben, steht. Ich kann mich nicht entsinnen, daß von Seiten der CDU einmal gesagt worden sei, das wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Die F.D.P. gefällt sich allerdings mit einer Forderung, die das, was von uns schon als positiv betrachtet worden ist, noch ein bißchen zu verbessern sucht. Das hört sich immer gut an, ist auch sehr nett gemeint. Aber ich denke bei aller Sachlichkeit, in der wir bisher immer Planstellen diskutiert haben, sollten wir diesen Antrag der F.D.P. dann noch einmal diskutieren, wenn Gelegenheit dazu gegeben ist, und eine solche Gelegenheit kommt ja.

Wir wissen, daß die Kompromisse zwischen Notwendigem und Finanzierbarem im Lehrerbereich am schwierigsten zu lösen sind, daß bei der jetzigen Schüler/Lehrer-Relation immer noch 18 000 Lehrer über Bedarf finanziert werden müssen, andererseits ein erkennbarer Bedarf an Grundschulen, Gesamtschulen, Sonderschulen, Berufsschulen generell und fächerspezifisch auch an Realschulen und Gymnasien nachgewiesen werden kann. Mit den von uns vorgesehenen Neueinstellungen wird diesem Bedarf in etwa Rechnung getragen. So gibt es erstmals wieder Neueinstellungen bei Grundschulen, und auch der Neugestaltung der Ausbildung der Metall- und Elektroberufe wird durch Einstellung von Berufsschullehrern Rechnung getragen. Wäre man dem Antrag der F.D.P. schon heute gefolgt, dann hätte sich in Teilbereichen ein zusätzlicher Einstellungsbedarf ergeben können, der jedoch nicht quantifiziert werden konnte.

Hier ist es sinnvoll, einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die auch für Lehrer anstehende Arbeitszeitverkürzung wird weitere Konsequenzen gerade für den kw-Stellenberg haben. Die Arbeitsgruppe hat sich deshalb das Ziel gesetzt, sich im Frühjahr schwerpunktmäßig mit dem Lehrerbereich zu befassen. Dort wird neben dem Problem der Arbeitszeitverkürzung selbstverständlich auch nochmals auf den Antrag der F.D.P. zurückzukommen sein.

Mit diesem Haushalt - darauf möchte ich besonders hinweisen - werden gerade bei den Lehrern einige Altlasten beseitigt, und zwar Altlasten, die, wie ich meine, jeder Gerechtigkeit Hohn sprechen. Lehrer, die befristet eingestellt worden und herausgeklagt

worden sind, weil ihr Beschäftigungsverhältnis ein Jahr zu früh endete, erhalten jetzt eine Einstellungsmöglichkeit. Ich denke, daß das im Sinne der Betroffenen eine sehr gute Regelung ist.

Im übrigen wird mit der Erhaltung der Saldierung auch der befristete Verzicht von Lehrern auf Einkommen honoriert mit Dauerbeschäftigung, und zwar mit allen Risiken, die damit verbunden sind; denn ein Lehrer, der mit seiner Stundenzahl heruntergeht, kann auch kurzfristig zurückkommen, und wenn er zurückkommt, haben wir eine Doppelbesetzung. Das wäre nachher sehr schwierig durchzuführen.

Ein letztes Wort zum Thema Wiederbesetzungssperre! Die Wiederbesetzungssperre ist von der SPD immer als ein finanzwirtschaftliches Instrument gesehen worden. Wir haben immer gesagt, daß hier mit 120 Millionen DM etwas finanziell zur Entlastung des Haushalts beigetragen wird. Wir haben nie behauptet, daß dies ein personalwirtschaftlich geeignetes Instrument sei; ganz im Gegenteil. Wir wären sehr froh gewesen, wenn uns die Regierung frühzeitig gesagt hätte, daß sie zur Finanzierung der 120 Millionen DM einen anderen geeigneten Weg anbietet.

Ich glaube allerdings, daß der Vorschlag, die Wiederbesetzungssperre ersatzlos wegfallen zu lassen und dies durch den Wegfall von 2 000 Stellen zu finanzieren, kein geeigneter Vorschlag ist. Denn wir wissen überhaupt nicht - das wissen Sie auch nicht, Sie haben auch keine Vorschläge gemacht -, wo denn diese 2 000 Stellen eigentlich wegfallen sollten. Sie hätten diesen Schwarzen Peter gern der Regierung zugeschoben, nach dem Motto: Laßt die Regierung doch bei der Polizei, beim Justizvollzug, bei den Richtern und bei den Lehrern all das wieder wegnehmen, was von ihr möglicherweise als sinnvoll erachtet wird. Ich denke, wir tun gut daran, Ihrem Vorschlag nicht zu folgen.

Allerdings wissen auch Sie, daß die Wiederbesetzungssperre einvernehmlich mit dem Finanzminister für einige Teilbereiche gelockert wird.

Der Finanzminister hat sich bereit erklärt, im Wissenschaftsbereich, im Polizeibereich und bei den Umweltbehörden Ausnahmen zuzulassen. Durch die Zulassung von Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre wird allerdings das Instrument der Wiederbesetzungssperre stumpfer werden. Darüber sind wir uns im klaren. Es reduziert sich in der Wirksamkeit auf einige Verwaltungsbereiche, die dann sozusagen einen besonderen Status bekommen.

(C)

(D)

(Walsken (SPD))

- (A) Ich muß Ihnen sagen - das ist auch bereits besprochen worden -, daß wir das Thema Wiederbesetzungssperre im Zusammenhang mit dem Haushalt 1990 wieder aufgreifen werden. Wir sind eigentlich sehr guten Mutes, daß wir eine Lösung finden, auf die Wiederbesetzungssperre vollständig zu verzichten. Die Regierung hat noch ein Jahr Zeit, die dafür notwendigen finanziellen Reserven zu mobilisieren, um das einigermaßen abzufedern.

Meine Damen und Herren, insgesamt gesehen sind wir mit den Beratungen des Personalhaushalts zufrieden, weil hier ein richtiger Weg erkennbar ist, nämlich mit den Betroffenen, mit den Berufsverbänden zusammen Wege zu finden, wie mehr Beschäftigung durch mehr Einstellungen ausgeglichen werden kann. Wir glauben an die Realisierung des Tarifvertrages auf einem finanziell vertretbaren Weg. Wir sind nicht bereit, den Personalhaushalt so aufzustocken, daß die Personalausgabenquote steigt, und halten damit an der Konsolidierung fest. Damit haben wir auch eine Perspektive für die nächsten Jahre geschaffen.

Ich denke, daß die Personalwirtschaft dieses Landes bei uns gut aufgehoben ist. Ich befürchte: Wenn Sie kämen, wüßte kein Bürger mehr, was nun eigentlich gemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Als letzter Redner zum Thema Stellenpläne spricht der Herr Finanzminister; ich erteile ihm das Wort.

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bensmann, ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, daß nach Ihrer Erläuterung, was denn da eigentlich in der Staatskanzlei passiert, das Bundespresseamt ein Propagandainstitut der CDU ist. Ich habe das bisher nicht so gesehen. Ich hoffe, daß ich nicht einmal in die Lage gerate, die Bundesregierung in Schutz nehmen zu müssen, wenn Sie das so weitertreiben.

Was mich ein wenig mehr ärgert als dieser Vergleich, ist die Tatsache, daß Sie Zahlen ignorieren. Ich weiß nicht, ob Sie da nur Ihrem Kollegen Schauerte nacheifern. Sie haben für Nordrhein-Westfalen eine Personalkostenquote von 48 Prozent errechnet, Herr Kollege Bensmann, und zwar dadurch, daß Sie das Personal der Landschaftsverbände in Ihre Berechnung einbeziehen, die Finanzen, die bei den Landschaftsverbänden liegen, aber unberücksichtigt lassen. Dann kommen Sie auf 48 Prozent. Das ist allerdings eine sehr unkorrekte, will sagen fehlerhafte Rechnung.

Wissen Sie, wie ich das halte? Da gibt es statistische Zahlen des Bundesfinanzministers, und die bewerte ich, weil ich das für eine reelle Grundlage halte, weil da auch der Länderfinanzausgleich und die Vergleichsdaten ziemlich exakt wiedergegeben sind. Das Ergebnis dieses Ländervergleichs besagt, daß Nordrhein-Westfalen die niedrigste Personalkostenquote hat. Wenn Sie mit diesen Zahlen Konflikte haben, müssen Sie sich nicht mit dem Finanzminister Nordrhein-Westfalens, sondern mit dem Bundesfinanzminister auseinandersetzen. Jedenfalls sind diese Zahlen für mich glaubwürdiger als Ihre hier vorgenommenen Rechenkunststücke.

(Beifall bei der SPD)

Die Stellenbesetzungssperre finden Sie nicht mehr angemessen. Statt dessen wollen Sie 2 000 Stellen sperren. Richtig ist - und das ist eben dargelegt worden -, daß das eine finanzwirtschaftliche Maßnahme ist. Die Stellenbesetzungssperre über neun Monate bringt 120 Millionen DM. Stellen sperren bringt zunächst einmal gar nichts. Das ist der gravierende Unterschied in den beiden von Ihnen vorgeschlagenen Methoden.

(Zurufe von der CDU)

Ich würde gern Herrn Kollegen Dorn ansprechen, der kritische Anmerkungen zur Stellenbesetzungssperre überhaupt gemacht hat. Da finde ich immerhin interessant, daß ich über fünf Jahre mit ihm gemeinsam - von 1975 bis 1980 - in der Arbeitsgruppe Stellenpläne gesessen habe und daß wir dort gemeinsam zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Stellenbesetzungssperre ein vernünftiges Instrument ist. Nun, man kann lernen; ich gebe das zu. Wir werden ja auch lernen.

Den Satz, daß ich den Staatssekretär vorschreiben ließe und selber der Diskussion auswich, bedaure ich. Herr Abg. Dorn wußte, daß ich da zu einer Sitzung der Finanzministerkonferenz war, deren Vorsitzender ich bin. Normalerweise wird das vom Parlament akzeptiert. Vom Ausschuß ist es akzeptiert worden. Ich weiß nicht, warum das hier jetzt nicht gelingt.

Zugeben will ich, daß der Personalhaushalt des Jahres 1989 im Vergleich zu den vergangenen Jahren ein wenig turbulenter abgelaufen ist und viele heftige Reaktionen ausgelöst hat. Nur sage ich: Die Heftigkeit der Reaktionen steht in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu dem, was da tatsächlich geschehen ist, aber im Verhältnis zu einer Reihe von Mißverständnissen, die - wie ich zugeben muß - intensiv kultiviert werden.

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) Ich will mich bemühen, diese Mißverständnisse auszuräumen, und Ihnen darlegen, was wir im Personalhaushalt 1989 wirklich getan haben, wie wir insgesamt gestaltet haben.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

Anschließend möchte ich dieses Ergebnis auch bewerten, Herr Kollege Bensmann; ich hoffe, daß Sie mir das zugestehen.

Mit der Gegenüberstellung des Personalhaushalts 1988 zu dem des Jahres 1989, wie Sie das in Ihrer Entschließung getan haben, machen Sie einen Fehler. Wenn da abgelesen werden soll, was eigentlich an Veränderungen stattgefunden hat, wenn dieser Saldo sozusagen eine Antwort auf die Frage sein soll, was zum Personalhaushalt 1989 wirklich geschehen ist, dann geht das fehl.

(Widerspruch des Abg. Bensmann (CDU))

Dieser Saldo, der sich da ergibt, resultiert aus einer Fülle von Einzelbewegungen im Personalhaushalt. Ich werde Ihnen das noch erklären,

(Dautzenberg (CDU): Ist wohl unangenehm, was?)

wie ich auch den Versuch unternommen habe, Ihnen das im Ausschuß zu erklären.

- (B) Sie wissen wie ich, daß es Abgänge gibt, die diese Landesregierung zu berücksichtigen hat, weil das Parlament kw-Stellen festgelegt hat - 1983, 1984, 1985, in jedem Haushaltsjahr. Diese Zahlen muß die Landesregierung umsetzen. Das ist doch Ihre Auflage als Budgetgeber an die Landesregierung. Sie wissen, daß es Abgänge als Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofes gibt; wir berücksichtigen sie.

Der Umfang der Stellenzugänge 1989 und die sich daraus ergebende Dauerbelastung für die Haushalte können nur daran gemessen werden, wie sich der Personalhaushalt 1989 ohne die konkreten Entscheidungen der Landesregierung zum Haushaltsentwurf,

(Bensmann (CDU): Nein, nein!)

ohne die Entscheidung der Landesregierung zum ersten Veränderungsnachweis und ohne die bislang in der parlamentarischen Beratung des Haushaltsentwurfs beschlossenen Stellenzugänge entwickelt hätte. Das macht die tatsächliche politische Entscheidung zum Personalhaushalt aus.

(C) Ich sage Ihnen, auch wenn Sie das bestreiten: Die Landesregierung hat den Tarifabschluß 1988 und auch das Ziel, das dieser Tarifabschluß hatte - Raum für mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu schaffen -, im Rahmen der Haushaltsplanberatung aufgegriffen und soweit wie möglich berücksichtigt und umgesetzt. Sie können uns vorwerfen, daß wir dabei nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen sind, sondern daß wir aufgabenkritisch Stellen hinzugefügt und berücksichtigt haben, was es in den einzelnen Landesbereichen an besonderen Arbeitsbedingungen gibt. Daraus folgt zwangsläufig, daß die Stellenzugänge nicht auf alle Organisationseinheiten gleichmäßig verteilt sind, sondern daß es dabei Unterschiede gibt.

Wir haben Ihnen das dargelegt - und wiederholt; mein Kollege Walsken hat das erneut getan -, so daß ich die rund 2 000 Stellen, die wir neu geschaffen haben, und die rund 3 000 Stellen, die wir gesichert haben, nicht mehr im einzelnen erläutern muß, soweit es den Haushaltsplanentwurf angeht.

(Schauerte (CDU): Unter dem Strich sind es weniger!)

- Herr Kollege Schauerte! Es ist manchmal bedrückend, wie Sie Fakten ignorieren.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) - Das ist wirklich bedrückend! Ich hatte Ihnen doch dargelegt, daß dieses Parlament die Landesregierung gezwungen hat, Beschlüsse umzusetzen, die Sie in den vergangenen Jahren durch die Einrichtung von kw-Stellen gefaßt haben. Ich möchte einmal den Tanz erleben, wenn wir das nicht getan hätten!

(Bensmann (CDU): Führen und entscheiden!)

Wenn Sie das nehmen, was politisch entschieden worden ist und was ich Ihnen beim Haushaltsplanentwurf vorgerechnet habe, dann bleibt es bei den 2 000 Stellen, die neu geschaffen worden sind, und den 3 000, die gesichert sind. Durch die erste Ergänzung zum Landeshaushalt sind - Herr Kollege Bensmann, vielleicht hören Sie zu; sonst müßte ich es zum drittenmal sagen, wenn Sie nicht zuhören können - weitere 269 Stellen geschaffen worden, und im Verlaufe der Haushaltsplanberatung sind es weitere 461 Stellen gewesen.

Das heißt: Nach dem gegenwärtigen Beratungsstand zum Ende der zweiten Lesung des Personalhaushalts stellt es sich so dar, daß

(Minister Schleußer)

- (A) 2 709 neue Arbeitsplätze geschaffen und 3 077 Arbeitsplätze gesichert worden sind. Sie haben recht: Ich habe dem Haushalts- und Finanzausschuß zugesagt, ihm die detaillierte Zusammensetzung dieser Stellen unmittelbar vor Beginn der dritten Lesung vorzulegen.

(Schauerte (CDU): Wahrscheinlich als Tischvorlage!)

Diese Zusage werde ich selbstverständlich einhalten. Sie wird Ihnen genau zur dritten Lesung vorliegen. Ich hatte Ihnen doch gesagt, daß ich Ihnen die mühselige Arbeit der Addition abnehmen will, und das tue ich gern.

(Bensmann (CDU): Warum haben wir denn die Zahlen nicht?)

- Ist Ihnen klar, daß wir gerade bei der zweiten Lesung des Landeshaushalts sind? Dann hätten Sie widersprechen müssen, als ich Ihnen die Zusage zur dritten Lesung des Haushalts machte. Ich kann nicht davon ausgehen, die Entscheidungen des Parlaments bereits bei der zweiten Lesung prophetisch zu kennen. Ich werde das korrekt berücksichtigen, was sich bis heute abend darstellt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Bevor es dabei auch wieder Mißverständnisse gibt: Wenn Sie richtig bewerten wollen, welche zusätzlichen personalpolitischen Entscheidungen diese Landesregierung getroffen hat, dann müssen Sie auch davon ausgehen, daß die Landesregierung 1989 - und beabsichtigt ist das auch für 1990 und 1991 - auf die aufgabenkritische Untersuchung mit dem Ziel des Stellenabbaus verzichtet. Wenn wir davon ausgehen, daß - mit Ausnahme der Schulen - an sich beabsichtigt war, etwa 1 % des Stellenumfangs abzubauen, dann heißt das konkret, daß auch auf Dauer 2 000 Stellen weiterhin zur Verfügung stehen werden.

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich, wenn Sie rechnen können und rechnen wollen, dann werden Sie feststellen, daß die Landesregierung ihren Aussagen gerecht wird. Mehr versuche ich Ihnen nicht darzulegen.

Ob und welche zusätzlichen Stellenveränderungen sich für den Schulbereich aus dem Tarifabschluß ergeben, werden die Ministerpräsidenten diskutieren. Sie haben sich vorgenommen, zu gemeinsamen, einheitlichen Ergebnissen zu kommen, und werden noch in diesem Jahr beraten. Sie können

sicher sein, daß wir uns bemühen werden, die Ergebnisse dieser Ministerpräsidentenkonferenz umzusetzen. (C)

Für die Umsetzung des Tarifvertragsergebnisses und die Sicherung der Arbeitsplätze im Landesdienst gibt es mehrere Ansatzpunkte. Ich bin gern bereit, darüber zu diskutieren.

Da gibt zum einen es die finanzpolitische Ausgangslage des Landes. Indexiert man die Ausgabenentwicklung von 1980 - 1989, so haben sich die Gesamtausgaben des Landeshaushaltes von 1980 an von 100 auf rund 122 % verändert, die Personalausgaben von 100 auf 134 % und die Investitionsausgaben - auch zum Bedauern des Finanzministers - von 100 auf rund 70 % entwickelt, was ein recht drastischer Rückgang ist.

Aus der überproportionalen Entwicklung der Personalausgaben - besonders im Gegensatz zu der Entwicklung, die sich bei den Investitionsausgaben darstellt - ist deutlich, welch großen Beschäftigungsbeitrag das Land mit seinen Entscheidungen zum Personalhaushalt geleistet hat. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Ansatzpunkt ist, zu bewerten, wie es in anderen Ländern, die ja gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen in der TDL arbeiten und Tarifverträge abschließen und übersetzen, aussieht.

Da zitiere ich gern - mit Erlaubnis des Präsidenten - die Antwort der Bayerischen Staatsregierung, wie sie mit der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst umgehen will. Die Bayerische Staatsregierung stellt fest: "Bei einer im Ländervergleich überdurchschnittlichen Personalausgabenquote von 42 % sieht die Staatsregierung keinen Spielraum für Stellenvermehrungen." (D)

Ich zitiere die niedersächsische Finanzministerin Breuel. Sie sagt: "Es werden keine neuen Stellen im Landeshaushalt ausgebracht."

(Bensmann (CDU): Das ist ehrlich!)

- Ja, wenn sie das sagt und sich daran hält, ist das ehrlich, so, wie wir etwas anderes gesagt haben und das einhalten, Herr Kollege Bensmann.

Ich verweise auf das, was im Lande Baden-Württemberg geschieht: Im Doppelhaushalt 1989-90 des Landes sind 680 Stellen ausgebracht worden, das sind 0,34 % mehr. Hätte das Land Nordrhein-Westfalen sich entsprechend verhalten, wären es dann 1989 statt des Paketes von 2700 neuen und 3077 ge-

(Minister Schleißer)

- (A) sicherten Arbeitsplätzen nur noch 567 neue Stellen gewesen und natürlich wiederum 567 Stellen auch im Jahre 1990.

Ich glaube, daran wird zusätzlich deutlich, inwieweit das Land Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluß verwirklicht hat, mehr Beschäftigung durch dieses Ergebnis zu erzielen.

Die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten der 2700 Stellen sind - und das bitte ich bei der Bewertung des Personalhaushaltes 1989 zu bedenken - nicht allein zu sehen. Nimmt man die Neueinstellungen auf den verschiedenen Ebenen des Personalhaushaltes zusammen, so wird es nach dem heutigen Stand im Jahre 1989 möglich sein, 11 000 neue Beschäftigte in den Landesdienst einzustellen, und zwar Dauereinstellungen. Ich finde das ist eine beträchtliche Zahl.

Unter diesen 11 000, die 1989 eingestellt werden können, sind auch rund 1100 Polizisten; exakt sind es 1989 1108 Polizisten mehr als im Jahre 1988. Nun hat Herr Kollege Rohde das sowohl in der Öffentlichkeit wie auch gegenüber dem Ministerpräsidenten dargelegt, als sei das nicht so; er hat es in Frage gestellt. Ich muß sagen, das hat dann nichts mehr mit konkreten Haushaltszahlen zu tun, sondern für mich ist das nur so zu erklären, daß da eine Dauerkampagne gegen den Innenminister fortgesetzt wird. Mit Haushaltszahlen jedenfalls läßt sich das nicht belegen.

- (B) Lassen Sie mich zur Perspektive des Personalhaushaltes noch zwei Anmerkungen machen: Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hat eine Laufzeit bis 1991. Die finanzielle Belastung des Landeshaushaltes hat eine von mehr als 30 Jahren. Tarifpolitik einerseits und die dargestellte Haushaltsstruktur andererseits werden die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Personalhaushalte sicherlich bestimmen und beeinflussen.

Aber, ich sage genauso deutlich: Die künftig aufgrund der verstärkten Altersabgänge ansteigende Fluktuation im Personalhaushalt wird neue Fragen im Zusammenhang mit der Stellenbesetzungssperre aufwerfen. Die Landesregierung wird prüfen, wie man mit dieser veränderten Situation, die sich ab 1990 verstärkt darstellen wird, umgehen kann, wie man dann neu verfahren soll.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Nordrhein-Westfalen hat in der Umsetzung des Tarifvertragsergebnisses mehr getan als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem ist nicht jeder zufrieden, ist nicht jede Gruppe zufrieden. (C)

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

Das wird vermutlich auch nicht erreichbar sein.

Ich sage Ihnen - -

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- Ich hatte gehofft, Herr Bensmann, Sie würden hier im Plenum - anders als im Ausschuß - zuhören.

Nur, es ist so und wird auch in Zukunft so bleiben: Diese nordrhein-westfälische Landesregierung ist nicht nur dem öffentlichen Dienst verpflichtet, sondern dem ganzen Lande. Das zeigt der vorgelegte Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, es hat sich noch Herr Dautzenberg von der Fraktion der CDU gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion darf ich zu einigen Punkten, die hier von dem Herrn Finanzminister und von Herrn Walsken angesprochen worden sind, Position beziehen.

Herr Walsken, Sie hatten allen Grund, dies hier so moderat vorzutragen, weil es Ihnen in manchen Bereichen eigentlich peinlich sein müßte, was Sie für die SPD-Fraktion ausführen mußten. (D)

(Walsken (SPD): Nein!)

In der Arbeitsgruppe hatte ich den Eindruck gewonnen, daß Sie bereit seien, uns und auch der F.D.P. in verschiedenen Punkten zu folgen. Dann sind Sie aber wohl wiederum von Ihren Facharbeitskreisleuten über den Tisch gezogen worden und mußten klein beigeben. Ich werde das für einige Punkte beweisen.

Herr Schleißer, es wäre gut, wenn wir uns in bezug auf die Bewertung des Personalhaushaltes grundsätzlich einmal darüber verständigen würden, welchen Terminus wir bei der Beurteilung, ob nun neue, zusätzliche Stellen geschaffen worden sind, verwenden wollen. Am besten wäre es, wir würden uns auf den Terminus einigen, den das Haushaltsgesetz und den der Haushalt wiedergibt. Das heißt, wir sollten von Stellen, von Planstellen und von Arbeiterstellen reden und

(Dautzenberg (CDU))

- (A) nicht, wie Sie es häufig tun, einmal von Arbeitsplätzen und dann wiederum von Stellen sprechen. Sie brauchen diese semantische Umwandlung, um davon abzulenken, daß Sie im Grunde den Tarifvertrag nicht umgesetzt haben, weil Sie der Öffentlichkeit und den Verbänden vorgaukeln wollen, Sie hätten dies getan,

(Zustimmung bei der CDU)

so, wie der Herr Ministerpräsident dies auch noch in unserer Aktuellen Stunde am 5. Mai betont hat. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Protokoll vom 5. Mai zitieren:

Darum haben wir am Dienstag

- also vor dem 05.05.1988 -

der vergangenen Woche beschlossen, daß das Tarifergebnis für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst in allen Teilen auch für die Beamten des Landes und der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen übernommen werden soll.

(Minister Dr. Schnoor: Sie müssen alles vorlesen!)

- Verehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, gerade das ist nicht passiert.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Sie gaukeln der Öffentlichkeit immer wieder vor, Sie hätten den Tarifvertrag umgesetzt.

(Minister Schlußer: Sie sind unkorrekt in Ihren Zitaten!)

Deshalb müssen Sie zu solchen Aussagen kommen: 2000 Stellen geschaffen, 3000 Arbeitsplätze gesichert! Erläutern Sie doch einmal, was sich dahinter verbirgt!

(Zustimmung bei der CDU - Trinius (SPD): Das hat er gerade getan!)

Ich werde Ihnen darlegen, was sich dahinter verbirgt. Das ist damals zugesagt worden, und Sie merken an den Reaktionen der Berufsverbände, was davon eingehalten worden ist.

Und Sie, Herr stellvertretender Ministerpräsident, Herr Innenminister, Sie mußten sich bei der Demonstration der GdP auch präzisieren. Auf dieser Veranstaltung haben

- Sie davon gesprochen, daß es zusätzlich rund 1 100 Polizeistellen geben werde. (C)

(Minister Dr. Schnoor und Minister Schlußer: Das ist doch richtig!)

- Das ist nicht richtig. Jetzt nämlich stellen Sie Ihre Aussage, es gebe insgesamt 1 108 neue Stellen für die Polizei, richtig: Sie rechnen das, was Sie als Ermächtigung im Grunde genommen schon im Haushaltsgesetz für Anwärterstellen vorgesehen hatten, mit ein. Das ist aber nur das, was immer jährlich im Nachersatz erfolgt. Das sind doch keine neuen, keine zusätzlichen Stellen,

(Minister Schlußer: Natürlich!)

um die zusätzlichen Probleme bei der Polizei zu bewältigen, sondern Sie nehmen hier einen Nachersatz vor!

(Zustimmung bei der CDU)

Das einzige, was bisher im Entwurf neu ist, das sind die 300 Anwärterstellen, die Sie mit der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Bereich des Schichtdienstes begründet haben.

(Minister Schlußer: Das ist falsch!)

Nichts anderes erfolgt hier! Nimmt man die beiden Ergänzungen zum Haushaltsentwurf hinzu, haben Sie das Ganze noch um 83 Anwärterstellen erhöht. Zudem hat die SPD-Fraktion - und dem haben wir auch zugestimmt - 50 zusätzliche Kommissarstellen für die Kriminalpolizei und gleichzeitig den dafür notwendigen Nachersatz für den Schutzpolizeibereich durch die Ausbringung von 50 zusätzlichen Anwärterstellen beantragt und geschaffen. (D)

Meine Damen und Herren, wir wären, auch in der Bewertung des Personalhaushaltes, wesentlich weiter, wenn Sie wahrhaftig wären, wenn Sie ehrlich wären und wenn Sie sagen würden: Das haben wir umgesetzt; mehr konnten wir nicht umsetzen, weil wir es uns aufgrund der finanziellen Situation des Landes nicht leisten können.

(Zustimmung bei der CDU)

Das wäre ehrlicher gewesen, als dauernd diese Mogelpackungen zu verkaufen,

(Minister Schlußer: Mogelpackungen machen Sie daraus!)

damit Sie in etwa auf 5 000 Stellen kommen und sagen können: Dabei handelt es sich im Grunde um die Umsetzung des Tarifvertrages,

(Dautzenberg (CDU))

- (A) denn läßt man die Lehrer außen vor - dann lautete die Zahl nämlich 8 300 Stellen -, gelangt man zu 5 000 Stellen. Das aber stimmt nicht, daß Sie den Tarifvertrag auf diese Art und Weise umsetzen! Genau das Gegenteil ist der Fall. Erklären Sie mir doch einmal, worin die Sicherung von Arbeitsplätzen liegt, wenn Sie im Bereich der Lehrer rund 2 700 kw-Vermerke streichen?

(Zuruf des Ministers Schleißer)

Dies wirkt sich nicht aus, weil wir die kw-Berge bis Mitte der 90er Jahre haben werden. Kein einziger Lehrer wird dadurch zusätzlich eingestellt!

(Zustimmung bei der CDU)

Unterhalten wir uns doch einmal, betreffend die Lehrer, über die Saldierungsgewinne aufgrund der Regelung in § 78 b Landesbeamtengesetz. Daraus resultieren zwar Lehrereinstellungen, aber eine Abdeckung des zusätzlichen Unterrichtsbedarfs erfolgt dadurch nicht, weil die Lehrer, die ihre Stelle gemäß § 78 b Landesbeamtengesetz freigemacht haben, ja nicht mehr zur Verfügung stehen, sondern eben gerade für sie Ersatz gestellt worden ist.

(Minister Schleißer: Wie viele sind es denn?)

- (B) - Es sind 230 plus 110 gleich 340. - Das, was wir fordern, daß nämlich auch fächer-spezifischer Bedarf abgedeckt werden muß, erfolgt darüber nicht.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dautzenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Trinius?

(Dautzenberg (CDU): Ja, gerne.)

Trinius^{*} (SPD): Kollege Dautzenberg, wollen Sie denn ernsthaft bestreiten, daß ich Polizisten, die ich neu gewinne, zunächst einmal ausbilden muß,

(Dautzenberg (CDU): Das ist richtig.)

und daß wir im nächsten Jahr mindestens 900 junge Menschen mehr für die Vorbereitung auf den Polizeidienst einstellen können als im Jahre 1988?

Dautzenberg (CDU): Ich stimme dem zu

(Trinius (SPD): Gut!)

- lassen Sie mich bitte ausreden -, daß ich die Problematik des Anwärterbereiches sehe.

- (C) Deshalb können Sie auch nicht behaupten, durch Ihre Maßnahme werde die Arbeitszeitverkürzung umgesetzt, weil Sie die, die Sie als Anwärter einstellen, gar nicht für die Umsetzung des Tarifvertrages, wie es für den Schichtdienst erforderlich wäre, direkt heranziehen können.

(Walsken (SPD): Was schlagen Sie denn vor?)

Aus diesem Grunde helfen Sie sich doch durch die 2. Ergänzung zum Haushalt, in der vorgesehen ist, im Polizeibereich 100 Angestellte einzustellen,

(Minister Schleißer: Zusätzlich!)

deren Stellen Sie wegen dieser Problematik von der Besetzungssperre ausnehmen wollen, um den dringendsten Problemen bei der Polizei gerecht zu werden. Sie behelfen sich mit 100 Angestelltenstellen, um Polizeivollzugsbeamte von Schreibdienstarbeiten zu entlasten und sie mehr zur Erledigung ihrer eigentlichen Aufgabe heranzuziehen. Gerade indem Sie diesen Weg gewählt haben, Herr Kollege Trinius, haben Sie bewiesen, daß es eine Anwärterproblematik gibt, das heißt, daß die Leute erst nach drei Jahren für einen vollen Einsatz zur Verfügung stehen.

(Walsken (SPD): Das bestreitet auch niemand!)

- (D) Im Polizeibereich geht es im Grunde genommen nur über diesen Weg.

Bleiben wir einmal bei den Zahlen. Im Vergleich der Jahre 1988 und 1989 ist die Zahl der Stellen für Anwärter von 690 auf 1 500 erhöht worden.

(Trinius (SPD): Richtig!)

- Das sind also die richtigen Zahlen. - Dreihundert dieser zusätzlichen Stellen werden allerdings mit der Umsetzung des Tarifvertrages begründet. Der Rest ist doch das, was Sie als normale Vorgabe des Nachersatzes haben aufgrund der Tatsache, daß Polizeibeamte natürlich auch durch Pensionierung ausscheiden! Das sehe ich doch richtig, Herr Minister, oder?

(Minister Dr. Schnoor: Ich erkläre Ihnen das nachher einmal!)

Es ist peinlich, wenn Sie sich nachher korrigieren und klarstellen müssen: Nein, es handelt es sich nicht um zusätzliche Stellen, sondern ich habe gemeint, es sind die neuen

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Stellen, die im Grunde 1989 zur Verfügung stehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie können durch die Umsetzung des Tarifvertrags im Grunde zusätzlich lediglich 598 Stellen bei der Polizei reklamieren, nicht aber die 1 108, die Sie hier immer wieder vorgeben.

Weil Sie, Herr Minister Schnoor, in Vertretung des Ministerpräsidenten für die Führung des Kabinetts zuständig sind, möchte ich Sie fragen: Stimmt die Notiz in der heutigen "Aachener Volkszeitung"? Dort heißt es - ich zitiere -:

NRW lenkt bei ÖTV ein. Im Konflikt zwischen Nordrhein-Westfalen und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr lenkt die regierende SPD offenbar ein. Das Land will die Besetzungssperre im öffentlichen Dienst von 1990 an aufheben.

(Minister Dr. Schnoor: Ich werde gleich dazu etwas sagen! - Zuruf des Ministers Schleißer)

Stimmt diese Nachricht, oder stimmt sie nicht?

(Minister Dr. Schnoor: Ich sage gleich etwas dazu!)

- (B) - Sie können mir die Frage doch jetzt beantworten. Stimmt die Meldung, oder stimmt sie nicht?

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dautzenberg, nach der Geschäftsordnung ist ein solcher Dialog zwischen Redner und Regierungsbank, also einem Minister, nicht zulässig.

Dautzenberg (CDU): Es könnte der Verkürzung der Debatte dienen, wenn der Minister auf meine Frage geantwortet hätte.

(Doppmeier (CDU): Wir haben eine reformbedürftige Geschäftsordnung!)

Vielleicht ist das im Kabinett gar nicht so abgestimmt worden, wie es hier dargestellt wird. Das wäre dann wiederum um so katastrophaler.

(Tscholtsch (F.D.P.): Aber falls er nicht antwortet, können wir ihn ja fragen!)

Deshalb finde es es nicht gut, wenn hier nach wie vor von der SPD gesagt wird: "An

sich wären wir ja dafür, aber wir können es nicht", weil wir ja permanent schon seit drei Jahren den Vorschlag machen, die Besetzungssperre zu streichen, im Gegensatz zur F.D.P. sogar mit einem Deckungsvorschlag. Die F.D.P. sagt, die Wiederbesetzungssperre solle grundsätzlich gestrichen werden, ohne aufzuzeigen, woher das Geld kommen soll.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal die Verwaltungsarbeit von hochqualifizierten und hochdotierten Ministerialbeamten vor, wenn es darum geht, § 7 a des Haushaltsgesetzes richtig anzuwenden. Was hier durch das Haushaltsgesetz an hochqualifizierter Arbeitskraft gebunden ist, könnte freigemacht werden, wenn Sie bereit wären, die Besetzungssperre zu streichen. Es macht keinen Sinn, wenn Sie es für das nächste Jahr vorhaben, aber heute noch so tun, als sei das kein gangbarer Weg, und sich den Oppositionsvorschlägen nicht anschließen.

Eine weitere Mogelpackung ist das Sonderproblem der Fernuniversität Hagen. Da wird stolz verkündet: "Wir schaffen hier 45 neue Stellen." Und was ist Tatsache? Davon werden 1989 nur 16 Stellen wirksam. Die Arbeitsgruppe hat diesen Weg haushaltsrechtlich überhaupt erst gangbar gemacht. Diese 45 Stellen wären von sich aus überhaupt nicht etatreif gewesen, weil sie sich nicht konkret auf ein Haushaltsjahr beziehen. Wir haben diesen Mangel gemeinsam geheilt, indem wir Haushaltsvermerke darüber ausgebracht haben, in welchen Jahren es sich auswirken wird, um ein bißchen Haushaltswahrheit und -klarheit herzustellen.

Als Mitteleinsatz für diese 16 neuen Stellen sind in dem entsprechenden Kapitel des Wissenschaftsetats 400 000 DM ausgewiesen. Rechnet man das auf 16 Stellen um, kommt man auf 25 000 DM pro Stelle. Das heißt, wahrscheinlich werden Sie die Mitarbeiter erst im Herbst einstellen, sonst können Sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die 16 Stellen im Jahre 1989 gar nicht bezahlen. Sie tun aber so, als würden Sie schon in diesem Jahr 45 Stellen für die Fernuniversität Hagen zur Verfügung stellen. - Das ist eine weitere Mogelpackung. So kann man Schritt für Schritt die 2 700 Stellen auseinandernehmen, wenn man nur etwas mehr Zeit hätte.

(Minister Schleißer: Wenn man nicht nachliest, kann man das so tun!)

- Nein, Herr Schleißer! Es ist unangenehm, wenn man hier bei solchen Mogeleyen erwischt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Da bleibt Ihnen im Grunde nichts anderes übrig, als zu behaupten, das stimme so nicht. Treten Sie bitte den Gegenbeweis an!

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dautzenberg, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Trinius zu?

(Dautzenberg (CDU): Gern!)

- Bitte sehr!

Trinius (SPD): Kollege Dautzenberg, sind Sie mit mir der Auffassung, daß man bei der Besetzung von neu eingerichteten Lehrstühlen an einer Hochschule qualifizierte Professoren gewinnen muß und daß dies allemal ein Berufungsverfahren voraussetzt, das sich über mehrere Monate, manchmal über ein Jahr hinzieht, so daß sich eine nur auf etwa ein Vierteljahr bezogene Veranschlagung der Mittel für zusätzlich bereitgestellte Stellen an einer Hochschule sehr wohl als sinnvoll und realistisch erweisen muß?

Dautzenberg (CDU): Verehrter Herr Kollege Trinius, das kann ich sehr wohl nachvollziehen. Deshalb hat die Landesregierung diese zusätzlichen Stellen wahrscheinlich auch nicht mehr in den Etat hineingenommen; sie war sich dieser Problematik offensichtlich bewußt. Aber die Fraktion hat aus parteipolitischen Gründen, um für Hagen etwas zu tun, diesen Ansatz gefordert.

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

Die Regierung hat wahrscheinlich schon gesehen, daß die Stellen nicht umsetzbar und entsprechende Bewerber nicht so schnell vorhanden waren, und hat davon abgesehen, sie in den Etat einzustellen. Das war gegenüber dem, was Sie hier ausgeführt haben, der realistischere Weg.

Ich finde es auch für die Arbeitsgruppe unerträglich, wenn bei der SPD immer wieder ein bestimmtes Herrschaftswissen vorhanden ist. Als Beispiel nenne ich die Verteilung der zusätzlichen Stellen bei den Lehrern.

(Walsken (SPD): Sie haben nicht gefragt!)

Der Kultusminister mußte in der Arbeitsgruppe dauernd mauern, er könne dazu noch nichts sagen. Einen Tag später aber machte die SPD-Fraktion konkrete Vorschläge für die Verteilung der einzelnen Lehrer auf die Schulkapitel. Wenn dies so weitergeht, ist die Arbeitsgrundlage für dieses Gremium entzogen. Seien Sie sich darüber im klaren!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ein weiterer Punkt zu Einzelplan 06 - ich bitte um Nachsicht, wenn ich das hier nur sporadisch ansprechen kann -: Es ist abenteuerlich - und das haben die Kollegen der SPD in der Arbeitsgruppe auch bestätigt -, wenn Sie zur Titelgruppe 64 zwischen erster Ergänzung und zweiter Ergänzung umfangreiche, sich teilweise widersprechende, sich teilweise gegenseitig korrigierende Vorlagen erhalten, wobei in der letzten Vorlage die Korrektur der ersten Vorlage bezüglich der Verteilung bei der Titelgruppe 64 in Einzelplan 06 vorgenommen wird. Der Finanzminister gibt uns eine Formulierungshilfe, wie man das in etwa haushaltsmäßig strukturieren kann, und Sie waren zuerst einverstanden. Als dann aber bekannt wurde, wenn wir diesen Sperrvermerk ausbrächten, könnte womöglich Wissenschaftsministerin Anke Brunn zurücktreten, müßten Sie wiederum ins Glied der SPD eintreten und das, was wir mühsam erarbeitet hatten, damit zunichte machen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Das ist kein Beitrag dafür, echte Personalpolitik für das Land zu betreiben!

Ich finde es auch nicht gut, wenn man sich dann hinter der Argumentation zurückzieht, die Mitarbeiter, die das Protokoll geführt hätten, hätten die SPD-Kollegen vielleicht falsch verstanden.

(Doppmeier (CDU): Das ist ja wohl unerhört! Das ist ein starkes Stück!)

Eigene Rückzugsgefechte sollte man zugeben und sich nicht hinter dem Rücken von Mitarbeitern verstecken!

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dautzenberg, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu?

(Dautzenberg (CDU): Ja, aber die letzte; sonst komme ich mit meiner Zeit nicht klar.)

- Bitte, Herr Kollege Walsken!

Walsken (SPD): Herr Kollege Dautzenberg, sind Sie bereit, mir zuzustimmen, daß das Ressort 06 - Wissenschaftsminister - im Rahmen der Beratungen vollständige Aufklärung über die Titelgruppe 64 gegeben hat und wir die Übereinstimmung erzielt haben, daß die Titelgruppe 64 im Haushaltsplan 1990 voll erscheinen wird, damit es für uns nachvollziehbar wird?

Dautzenberg (CDU): Richtig. Das ist ja nur die Bestätigung dafür, daß wir an sich nicht

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) so verfahren sollten, wie wir jetzt leider mehrheitsmäßig verfahren sind. Das ist ja der Beweis dafür, daß man es nicht so machen kann und daß man selbst Bauchschmerzen hat, ein Parlament so in Zeitenge zu setzen. Meine Damen und Herren! Da waren innerhalb von zwei Tagen doch Anlagen nachzuvollziehen, die über 60, 70 Seiten umfaßten. Ich finde, dies ist auch mit unseren Vorstellungen von Haushaltswahrheit- und -klarheit nicht mehr vereinbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, kein renommierter Professor hätte deshalb Nordrhein-Westfalen verlassen, wenn die Ministerin im Haushaltsausschuß hätte nachsuchen müssen, bestimmte Besetzungssperren aufzuheben. Man kann eine Zusage auch mit der Auflage verbinden, daß sie vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt. Hier befehlen sich auch andere Kollegen, auch andere Ressortminister mit einem solchen qualifizierten Sperrvermerk. Nein, für die Wissenschaft gilt das nicht, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß die Ministerin vor dem Sturz steht, wenn das hier nicht so beschlossen wird.

- (B) Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Das waren nur einige kleine Bereiche, wo es meines Erachtens hakt. Worauf wir weiterhin unsere gemeinsame Aufmerksamkeit richten sollten, sind die von uns geforderten Strukturkonzepte zu den Bereichen Polizei, Kultusminister und Wissenschaftsminister, die wir uns ja für das Frühjahr vorgenommen haben. Ich hoffe, daß hier die Zusagen der Vorlagen eher erfolgen. Herr Minister Schlußer, da sollten Sie sich wirklich an der Größe Ihres Vorgängers messen, der uns - Arbeitsgruppe wie auch Haushalts- und Finanzausschuß -, was Vorlagen und Informationen anbelangte, immer korrekt bedient hat. Das sollte für Sie Vorbild sein. Sie sind nicht unkorrekt, aber Sie ziehen sich immer auf die Position der Zeit zurück, weshalb manches nicht geleistet werden konnte.

(Minister Schlußer: Unkorrekt?)

Wir haben zwar morgen die dritte Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß. Aber ich glaube, insgesamt wäre es für die Information des Parlaments sinnvoll gewesen, wenn Sie die Zusagen schon heute eingelöst hätten. Wenn wir dies gemeinsam hier erreichen und wenn die Landesregierung bereit ist, auch was Personal und Landesbedienstete anbelangt, zur Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit zurückzukehren, dann sind wir auch verstärkt bereit, zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dautzenberg hat eine neue Runde eingeleitet. Es haben sich jetzt noch Kollege Trinius und Minister Schnoor gemeldet. Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will unterscheiden nach den Punkten, bei denen Einvernehmen besteht, und den Punkten, zu denen Sie hier zusätzlich Kritik vorgetragen haben.

Sie hatten vorgetragen, daß es bei den Beratungen über den Einzelplan des Wissenschaftsministers in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zu Schwierigkeiten gekommen sei. Dies wird von niemandem bestritten. Dies ist auch Gegenstand der Beratung in der Arbeitsgruppe gewesen. Man hat dann einvernehmlich im Gespräch mit dem Wissenschaftsminister eine Verabredung erzielt, wie die Beratungen künftig von vornherein erleichtert, verständlicher und für jedermann durchsichtig gemacht werden können. Dies ist zugesagt worden. Sie haben recht, soweit es die Kritik an dem Verfahren in diesem Jahr betrifft, aber wir sollten dann auch feststellen, daß wir zu einer guten Regelung für die Zukunft gekommen sind. Ich finde, daß das in Ordnung ist.

- (D) Sie haben dann die Verteilung von Lehrstellen auf die einzelnen Schulkapitel angesprochen. Es ist überhaupt keine Frage, Herr Kollege Dautzenberg, wenn Sie einmal die Vorstellungen der CDU oder der F.D.P. und die Vorstellungen der SPD vergleichen, wo denn Schwerpunkte gesetzt werden sollen, daß es einige Schulkapitel gibt, die völlig außer Streit liegen.

Da gibt es Wünsche der CDU, der F.D.P. und der SPD, zum Beispiel insbesondere die Sonderschulen für Lernbehinderte durch zusätzliche Zuweisungen zu stützen. Wir haben gestern hier bei den Beratungen zum Einzelplan 05 darüber gesprochen, ob man dem Antrag der F.D.P. dazu folgen sollte; ich glaube, da ging es um hundert Stellen. Für uns stellt sich heraus, daß nach den Beratungen in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" allein aufgrund dieser Beratung 140 Stellen in den gesellschaftlichen Brennpunkt "Sonderschule für Lernbehinderte" zusätzlich hineinkommen. Eine gute Sache, über die Quantitäten kann man sich unterhalten.

Dann gibt es einige unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei anderen Schulformen.

(Trinius (SPD))

- (A) Aber der entscheidende Punkt, glaube ich, liegt woanders. Sie wollen hier als CDU 2 000 Stellen im Laufe des Haushaltsjahres 1989 zusätzlich abbauen, ohne daß Sie sagen, wo.

(Bensmann (CDU): Aufgabenkritisch!)

- Aufgabenkritisch, ja, aber ohne daß Sie sagen können, wo! Sie wollen damit den von Ihnen zusätzlich geforderten Lehrereinstellungskorridor von 1 500 Stellen abdecken. Dazu muß ich Ihnen sagen, daß eine solche Vorstellung in sich nicht mehr aufgabengerecht und nicht aufgabenkritisch ist;

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

denn Sie erhöhen das Ungleichgewicht bei der Zuweisung von Stellen. Die ÖTV beklagt zu Recht, daß von der Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten im Landeshaushalt 70 Prozent auf die Schulen entfallen und der Rest auf andere Bereiche, die sich die 30 Prozent teilen müssen. Ich will das nicht so genau im einzelnen nachrechnen. Aber wenn wir denn aufgabenkritisch vorgehen, müssen wir wohl beachten, daß wir dann im Bereich der Gewerbeaufsicht, im Bereich der Gewässeraufsicht und bei ähnlichen Aufgaben und im Bereich der Finanzverwaltung Möglichkeiten schaffen müssen, worauf ich gestern hingewiesen habe. Sie werden aber, wenn Sie die 2 000 Stellen absetzen wollen, genau in jene Bereiche eingreifen müssen, in denen heute schon nachweisbar ein Stellenbedarf besteht, und Sie verstärken die Stellen dort, wo heute schon nachweisbar erhebliche Überhänge sind. Dies halten wir für völlig unausgewogen; dies müssen Sie bedenken.

(B)

Und dann müssen Sie sich folgendes in Erinnerung rufen lassen: Niedersachsen erklärt, daß es nicht eine einzige Stellen zusätzlich zur Vermehrung von Beschäftigung oder mehr Arbeitsverhältnissen im Haushalt bereitstellen wolle. Sie haben darüber gesprochen, ich will Ihnen kurz erwidern. Baden-Württemberg stellt 1989 340 zusätzliche Stellen bereit, und 1990 ebenfalls.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, Sie wollen keine Zwischenfrage zulassen?

Trinius (SPD): Nein, ich wollte das nur einmal klarstellen. Aber wenn ich damit fertig bin, werde ich gerne eine Zwischenfrage zulassen.

Würde Nordrhein-Westfalen dasselbe tun, in demselben Verhältnis, kämen wir auf 550 für

1989 und auf 550 für 1990. Wir leisten aber fast das Fünffache von dem, was Baden-Württemberg leistet. Bayern tut nichts, und Hessen tut ebenfalls nichts. Ich glaube, es gehört dazu, anzuerkennen, daß Nordrhein-Westfalen den Rahmen, der finanzpolitisch gesetzt ist, ausschöpft, um arbeitsmarktpolitische Effekte auch im öffentlichen Dienst selbst zu schaffen. Man sollte das zur Kenntnis nehmen.

(C)

Herr Kollege Dautzenberg, durch Wiederholung und durch Erregung werden die Vorwürfe, die Sie an die Landesregierung, an den Finanzminister, den Innenminister und die Fachressorts insgesamt, gerichtet haben, nicht richtiger.

(Schauerte (CDU): Das ist aber billige Polemik! Was Herr Dautzenberg vorgebracht hat, war sehr überzeugend. - Lachen bei der SPD)

Sie können ja diese Nachrechnungen vollziehen. Sie weigern sich nur, anzuerkennen, daß durch frühere Beschlüsse des Haushaltsgesetzgebers eine Vielzahl von Stellen in Abgang gestellt worden ist oder den Vermerk erhielt, daß sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abgesetzt werden müssen. Diese alten Beschlüsse bleiben - bis auf eine Größenordnung von 400 Stellen - in Kraft, und es werden neue Beschlüsse gefaßt, durch die neue Stellen eingerichtet werden. Die Größenordnung der neu errichteten Stellen liegt - häufig in anderen Kapiteln, in anderen Verwaltungszweigen - bei 2 709. Hinsichtlich der Aufhebung von Vermerken, daß die Stelle wegfallen sollte - Aufhebung solcher Vermerke! -, liegt die Größenordnung bei 2 700. Dies muß man wissen und berücksichtigen, und dann kommt man zu einem wirklichen, positiven Saldo.

(D)

Im übrigen verweise ich auf die Ausführungen, die mein Kollege Ernst Martin Walsken vorhin gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

(Schauerte (CDU): Was Herr Dautzenberg gesagt hat, hat ihn getroffen! - Trinius (SPD): Aber es hat nicht gestimmt!)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dautzenberg

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) hat Äußerungen des Herrn Dr. Rohde aufgegriffen, die er öffentlich gemacht hat.

(Rohe (SPD): Das ist ja auch die vereinigte Opposition.)

Sie betreffen Äußerungen, die ich anlässlich der Demonstration von etwa 5 000 Polizeibeamten - ich glaube, es war am 30. November - gemacht habe.

Bei dieser Protestveranstaltung der Polizei habe ich mich zu der Frage der Umsetzung des Tarifergebnisses geäußert. Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß wir mit der Zweckbestimmung "Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung bei der Polizei" 300 Stellen ausgewiesen haben und daß wir zusätzliche Stellen mit der Begründung, Herr Dautzenberg, "Vorsorge für die 90er Jahre" vorgesehen haben. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten, und das hat auch niemand bestritten.

(Dautzenberg (CDU): Die Zahlen brauchen wir nicht.)

- Moment, lassen Sie mich doch einmal in Ruhe ausreden!

Was auch nicht zu bestreiten ist, um auf die Arbeitszeitverkürzung einzugehen, ist, daß diese 300 Stellen nicht der volle Ausgleich sind. Übrigens hat der Ministerpräsident nie von einem vollen Ausgleich gesprochen. Sie haben ihn nämlich nur zur Hälfte zitiert, Herr Kollege Dautzenberg. Es wäre redlich gewesen, den Ministerpräsidenten vollständig zu zitieren.

(B)

(Dautzenberg (CDU): Lesen Sie das einmal nach!)

Aber, was noch hinzukommt, ist, daß der Tarifvertrag eine Laufzeit von drei Jahren hat und daß das, was jetzt hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung nicht erledigt ist, auch in anderen Jahren noch erledigt werden kann. Dies ist eine Angelegenheit, die mich auch besonders betrifft, und hier werde ich mein Interesse in den nächsten Jahren noch zur Geltung bringen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Aber nun zu der Frage, was ich dort hinsichtlich der 1 100 Stellen, Einstellungen, erklärt habe, was davon richtig war und was nicht! Ich habe in dieser Protestveranstaltung

gesagt: "Es wird rund 1 100 Stellen mehr geben." (C)

(Dautzenberg (CDU): Sie haben von zusätzlichen, neuen Stellen gesprochen!)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden!

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie es sich tatsächlich verhält. Wir haben im Haushaltsentwurf 1989 38 976 Planstellen, 400 z.-A.-Stellen und 2 520 Anwärterstellen; das sind zusammen 41 896 Stellen. Durch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung sind 83 Anwärterstellen hinzugekommen. Auf Antrag der SPD-Fraktion durch Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses sind 50 Planstellen und 50 Anwärterstellen dazugekommen. Das macht insgesamt 42 079 Stellen.

1988 waren veranschlagt: 38 934 Planstellen, 400 z.-A.-Stellen, 1 637 Anwärterstellen; das macht insgesamt 40 971 Stellen.

Die Differenz beträgt 1 108 Stellen. Das zunächst einmal! Es gibt 1989 1 108 Stellen mehr als 1988. Das ist das erste zum Kapitel der Polizei.

Zweitens macht diese Darstellung natürlich noch nicht unbedingt deutlich, wie viele Einstellungen 1989 tatsächlich, verglichen mit dem laufenden Jahr, vorgesehen und möglich sind. Dies ergibt sich aus folgender Übersicht: 1988 sind 560 PHW-Anwärter eingestellt worden, vom BGS sind 100 übernommen worden, das sind zusammen 660 Beamte. 1989 können eingestellt und übernommen werden: 1 633 PHW-Anwärter, 120 Beamte vom BGS, zusammen 1 753. Wir haben also, wenn wir dies so durchführen, im Jahre 1989 insgesamt 1 093 Beamte mehr als 1988, meine Damen und Herren! Dies sind die tatsächlichen Zahlen.

(D)

Wenn dann herumrabuliert wird, wie Herr Rohde das tut, ich hätte hier die Unwahrheit gesagt, und Herr Dautzenberg dies aufgreift, dann sagt das mehr über Sie aus als über Tatsachen, die sich aus dem Haushalt ergeben.

(Beifall bei der SPD - Abg. Dautzenberg (CDU) meldet sich zu Wort.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich - -

(Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Dautzenberg, durch Ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden war

(Präsident Denzer)

- (A) hier etwas anderes offeriert worden. Sie waren angemeldet und wieder gestrichen. Aber Sie haben das Wort.

(Dautzenberg (CDU): Ich wußte noch nicht, daß der Minister so enden würde.)

- Aha, dann haben Sie noch einmal das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht mehr gemeldet, wenn der Innenminister nicht so geendet hätte, wie er geendet hat, nämlich mit keiner klaren Feststellung, ob das zutrifft, was ich gesagt habe und was Sie ursprünglich bei der GdP gesagt haben: Es sind "zusätzliche" Stellen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben hier wieder alle möglichen Rechenbeispiele eröffnet, wo Sie Nachersatz - der sowieso normalerweise immer da ist - zusammengerechnet haben. Sagen Sie doch: Jawohl, ich ziehe soweit diese Aussage zurück, daß es keine zusätzlichen Stellen sind, sondern es sind insgesamt Stellen.

(Minister Dr. Schnoor: Sie haben die Unwahrheit hier gesagt, Herr Dautzenberg; das will ich Ihnen einmal sagen!)

- (B) Davon sind 300 Stellen bei den Anwärtern auf die Umsetzung des Tarifvertrags zurückzuführen. Da sind aufgrund der Fraktionsanträge der SPD 50 Kommissaranwärter mit Nachersatz bei den Anwärtern. Und es sind 100 Angestelltenstellen für die Polizei in einer Ergänzung vorhanden. Sagen Sie das doch und rechnen Sie das zusammen und nochmals die 83, die in der Ergänzung gekommen sind, dann kommt man auf 583!

(Dr. Linssen (CDU): Wir wollen das wissen!)

Was Sie sonst an Veränderungen in der Basierung 1988 zu 1989 im normalen Stellenplan bei den Planbeamten bringen, ist doch die Selbstverständlichkeit, die sich aufgrund des Nachersatzes entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Sagen Sie doch einmal, wie es sich hier verhält. Ich muß das zurückweisen, daß Sie hier behaupten, ich sage die Unwahrheit!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Herr Innenminister, ich brauche mich nicht auf Herrn Rohde zu beziehen; ich kann mich

auf Zahlen beziehen, die wir in der Arbeitsgruppe ermittelt haben. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn dann Ihre Beamten nicht in der Lage sind, das zu belegen, was Sie als zusätzliche Stellen deklarieren, sondern die Stellen, die wir genannt haben, bestätigen, bitte, dann regeln Sie das in Ihrem Ministerium und bezichtigen Sie nicht Leute der Unwahrheit, wenn Sie sich auf diese Zahlen beziehen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das ist die Methode, die Sie in anderen Bereichen hier auch schon immer vorgebracht haben. Es ist nicht das erste Mal. Wenn wir verschiedene Aktuelle Stunden sehen, wenn wir sehen, was alles in Ihrem Bereich diskutiert worden ist und Sie Leute bezichtigt haben, ist langsam das Maß voll!

(Starker Beifall bei der CDU)

Sie haben hier nicht die Narrenfreiheit, Kollegen, die sich mit Personal beschäftigen, der Unwahrheit zu bezichtigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie das nicht zurücknehmen, werden wir in der Arbeitsgruppe den Einzelplan 03 nicht mehr auf die Tagesordnung setzen.

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD) (D)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr der Herr Finanzminister das Wort.

(Dr. Linssen (CDU): Wir beißen!)

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Verständigungen der Landesregierung, die funktionieren offensichtlich besser als manchmal bei der CDU-Fraktion.

(Schauerte (CDU): Er muß geschützt werden! - Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Sehr verehrter Herr Kollege Dautzenberg, Sie haben in einer bisher bei Ihnen nicht gekannten Erregung reagiert,

(Dautzenberg (CDU): Sie werden noch etwas ganz anderes kennenlernen! - Lachen bei der SPD)

(Minister Schleißer)

- (A) und dabei sind Ihnen Zahlen abhandlungskommen.

(Doppmeier (CDU): Mein Gott noch mal! Alles mit dem Ministerbonus - als ob die Leute das glauben! Ein Minister braucht nur zu sagen: "Das sind die richtigen Zahlen"!)

Ich weiß nicht, ob es nach Ihren Aussagen ausreicht, richtig addieren zu können, um Minister zu werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Ha, ha, ha!)

Ich sage Ihnen nur: Mein Kollege Schnoor hat während der Demonstration festgestellt, daß es ca. 1 100 mehr

(Dautzenberg (CDU): Zusätzliche Stellen?)

Polizeibeamte 1989 gegenüber 1988 geben wird.

(Dr. Farthmann (SPD): Richtig!)

Wir haben richtiggestellt, daß dies 1 108 sein werden.

Nun sprechen Sie von der Problematik, die im Anwärterbereich natürlich liegt. Da sage ich Ihnen auch die konkrete Zahl: Im Jahre 1989 wird es 1 093 Beamte mehr geben, als es 1988 gegeben hat. Wenn Sie es nun wegen dieser fehlenden 7 Beamten als eine nicht der Wahrheit entsprechende Zahl bezeichnen, wenn man von ca. 1 100 redet,

(Paus (CDU): Nein, so einfach nicht!)

ist das schon beeindruckend, jedenfalls überhaupt kein Anlaß, solche Empörung zu spielen, wie Ihnen das gerade gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Landesregierung gefragt - und damit will ich schließen -, wie denn eine Presseveröffentlichung im Aachener Raum zu erklären ist. Ich hatte eben schon einmal ums Zuhören gebeten. Ich hatte zum Schluß meiner Rede, Herr Kollege Dautzenberg, zwei Anmerkungen zur künftigen Entwicklung des Personals gemacht und habe Ihnen gesagt:

Zweitens: Die künftig ansteigende Fluktuation im Personalhaushalt aufgrund steigender Altersabgänge wird neue Fragen im Zusammenhang mit der Stellenbesetzungssperre aufwerfen. Die Landesregierung wird prüfen, wie bei dieser ver-

änderten Lage, die sich ab 1990 verstärkt bemerkbar macht, verfahren werden kann und verfahren werden muß.

(C)

Wir werden zeitig geeignete Vorschläge dem Parlament vorlegen. Ich kann nur wiederholen: Was wir zusagen, halten wir ein, korrekt, Herr Dautzenberg!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Ich sehe Herrn Abg. Dr. Rohde nicht im Saal; daher kann ich ihm auch nicht das Wort erteilen.

(Zurufe von der SPD: Abstimmen!)

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung zu den Stellenplänen.

Ich darf aber darauf zurückkommen, daß wir nach der Unterbrechung in der Mittagspause nunmehr noch die Abstimmung über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes vorzunehmen haben.

Zunächst, meine Damen und Herren, stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/3898. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir stimmen nunmehr über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes ab.

(D)

Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußeempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3800 unter Berücksichtigung des soeben angenommenen Änderungsantrages der Fraktion der SPD Drucksache 10/3898 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! - Die Gegenprobe! - Danke schön. Damit ist der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes in zweiter Lesung angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer der Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.